

# mo



MAGAZIN FÜR  
MENSCHENRECHTE NR. 56

**INTERVIEW**  
**OSKAR DEUTSCH**  
**ÜBER JÜDISCHES LEBEN**

**KOMMENTAR**  
**WAS BLIEB VON**  
**INNENMINISTER KICKL?**

**SEXUALBILDUNG**  
**VEREINE AUS SCHULEN**  
**GEDRÄNGT**

IM PORTRÄT  
**HELDINNEN**  
**VON HEUTE**



# NEUER AUSWEIS

## FÜR MO-KOLPORTEURINNEN UND KOLPORTEURE

### WIR HABEN DIE MO KOLPORTAGE-AUSWEISE ERNEUERT.

Der neue Ausweis ist ab der aktuellen Ausgabe Nr. 56 des MO Magazins für Menschenrechte im Einsatz. Bitte kaufen Sie das MO Magazin nur bei KolporteurInnen die diesen Ausweis sichtbar tragen.

### Das MO Kolportageprojekt richtet sich an **MENSCHEN, DIE KEINE ODER SEHR BESCHRÄNKTE ARBEITSMÖGLICHKEITEN HABEN.**

Diesem wird die Möglichkeit gegeben, sich über den selbstständigen Verkauf des MO Magazins ein paar Euro dazuzuverdienen. Die KolporteurInnen werden im Rahmen von Workshops und Einzelgesprächen regelmäßig über angebrachtes Verkaufsverhalten und einzuhaltende Regeln aufgeklärt.

### MANCHMAL KOMMT ES TROTZ SCHULUNGEN ZU PROBLEMEN.

Diesbezügliche Beschwerden nehmen wir sehr ernst und sind dankbar, wenn wir über eventuelles Fehlverhalten informiert werden. Es hilft uns Probleme besser zu verstehen und ermöglicht uns Konsequenzen zu ziehen. Am besten notieren Sie in diesem Fall die dreistellige Nummer, die auf dem Ausweis selbst und via Stempel auch auf der Titelseite der jeweiligen MO-Ausgaben zu sehen ist. Kontakt: [office@sosmitmensch.at](mailto:office@sosmitmensch.at), 01/524 99 00

### WIR FREUEN UNS NATÜRLICH AUCH ÜBER POSITIVE RÜCKMELDUNGEN ZU UNSEREM KOLPORTAGE-PROJEKT.

### ZUM ABSCHLUSS NOCH EIN HINWEIS, DER UNS WICHTIG IST:

Jede Straßenzeitungskolporteurin und jeder Straßenzeitungskolporteur hat im Leben Herausforderungen zu meistern, von denen viele andere verschont geblieben sind. Die Lebensfreude und Energie mit der sie sich diesen Herausforderungen stellen, verdienen Respekt und Bewunderung.

Der Straßenverkauf ist für die MO-KolporteurInnen nicht nur ein unverzichtbarer Teil zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts. Sie leisten damit auch einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt in Österreich und bringen mit dem MO Magazin unabhängige, gut recherchierte und tiefgehende Berichterstattung zu Menschenrechtsthemen auf die Straße. **DAS IST UMSO WERTVOLLER IN ZEITEN, IN DENEN POPULISMUS MEDIEN UND POLITIK VEREINNAHMT.**



### NAME DER KOLPORTEURINNEN UND AUSWEIS-NUMMER

stehen ab sofort ganz oben, ebenso wie das neu eingeführte Ablaufdatum der jährlich zu erneuernden Ausweise.

Neben regulären Kolportageausweisen gibt es auch **PROBEAUSWEISE**. Diese werden in einem ersten Schritt an neu ins Kolportageprojekt aufgenommene VerkäuferInnen vergeben.





Carola Rackete, Foto: Paul Lovis Wagner, Sea-Watch.org

Carola Rackete, deutsche Kapitänin, muss sich wegen ihrer Seenot-Rettung zur Zeit vor Gericht in Agrigent verantworten.

## A Liebe Leserin Lieber Leser

Als wir zu Jahresbeginn die Dossiers für die heurigen Ausgaben von MO planten, hätte wohl niemand gedacht, dass im Sommer der Begriff des Helden so massiv in die Schlagzeilen gelangen würde. Seenot-Retterin Carola Rackete wurde breit diskutiert, die Kapitänin zeigte durch ihr Handeln die Schwachstellen der europäischen Flüchtlingspolitik auf. Die Medienöffentlichkeit hatte Rackete von sich aus eigentlich nicht gesucht. Auch unsere Idee war es nicht, neue Helden- bzw. Heldinnenfiguren zu erküren, sondern ein Licht auf Frauen zu werfen, die wertvolle Arbeit für die Gesellschaft leisten: im sozialen Bereich, für Menschenrechte, für Frauenrechte, für Minderheiten, gegen Waffengewalt oder für Transparenz in der Politik. Dass diese Arbeit manchmal gefährlich wird, zeigt die Ermordung zahlreicher Aktivistinnen der vergangenen Jahre. Wenn die politischen Verhältnisse zu übel werden, kann das aber auf der repräsentativen Politik-Ebene auch zu einem Kurswechsel führen. Das zeigte die überraschende Wahl der Menschenrechtsanwältin Zuzana Caputova zur Staatspräsidentin der Slowakei. Wichtig ist uns zu betonen, dass die Porträts unserer Heldinnen in dieser Ausgabe für viele andere Frauen stehen, deren Arbeit nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Spannende Momente wünscht  
Gunnar Landsgesell



Foto: Francois Guillot / AFP / picturedesk.com



Foto: Karin Wasner



Foto: Michael Gruber / EXPA / picturedesk.com

## Einstieg

### 3 EDITORIAL

### 7 HANDLUNGSBEDARF

Kanzlerin Bierlein brach das schwarzblaue Schweigen zwischen Regierung und NGOs. Und danach? *Kommentar: Alexander Pollak*

## Dossier: Heldinnen von heute

### 8 SOLIDARITÄT FÜR NASRIN SOTOUDEH

Die kämpferische Anwältin Nasrin Sotoudeh wurde im Iran zu 33 Jahren Haft und 148 Peitschenhieben verurteilt. *Text: Bianca Said*

### 10 MEINE REGENBOGEN-MARIA STEHT FÜR LIEBE

Polens Regierung hetzt gegen Schwule und Lesben. Die Aktivistin Elżbieta Podleśna arbeitet mutig weiter. *Porträt: Florian Bayer*

### 12 EMPATHIE IST ERLERNBAR

Die Psychologin Fatima Akilu arbeitet mit TäterInnen und Opfern von Boko Haram in Nigeria. *Interview: Brigitte Theißl*

### 14 BEGEGNUNGEN AUF AUGENHÖHE

Marie-Isabelle Schallenberg und Elisabeth Prent engagieren sich seit Jahren in der VinziRast. *Ein Porträt von Eva Maria Bachinger*

### 17 SHAME ON YOU!

Emma Gonzalez überlebte ein Massaker an ihrer Schule in Florida und tritt gegen die Waffenlobbyisten an. *Porträt: Gerfried Balzer*

### 18 DIE GRENZGÄNGERIN

Musa bint Nasser, Ehefrau des früheren Emirs von Katar, forciert seit Jahren Bildung als kritisches Tool, insbesondere für Frauen.

### 19 ALS WÄREN WIR GAR NICHT VORHANDEN

Sonia Guajajara vertritt die Rechte der Indigenen Brasiliens in einem schweren Kampf, während die Feuer im Regenwald lodern.

### 20 WIR HABEN RECHTENS GEHANDELT

Carola Rackete hat Eisbrecher gelenkt und Menschen aus Seenot gerettet. Sie wurde zur Symbolfigur einer humanitären Mission.

### 21 ZUM SCHWEIGEN GEBRACHT

In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Aktivistinnen ermordet, die sich Menschenrechte und -würde einsetzten. Ein Nachruf.

## Welt

### 22 EIN GOTT, EIN EHEPARTNER, EIN PASS?

In Österreich leben 1,2 Millionen Menschen, die politisch nicht mitbestimmen dürfen. Hat die Demokratie ein Problem? *Text: Laurin Lorenz*

### 23 IMPRESSUM

### 25 MAN WILL DIE ZIVILGESELLSCHAFT AUSSPERREN

Ab 2021 soll die Asylrechts- und Rückkehrberatung der Bund übernehmen. *Text: Florian Bayer*

### 28 DER NICHT-MINISTER

Was bleibt von Herbert Kickls Amtszeit? *Text: Christian Böhmer*

### 30 DAS WICHTIGSTE IST, OPTIMISTISCH ZU SEIN

IKG-Präsident Oskar Deutsch über FPÖ, Antisemitismus und jüdisches Leben in Wien. *Interview: Alexander Pollak, Gunnar Landsgesell*

### 34 MIT MUT GEGEN HASS

Die Muslimische Jugend Österreichs untersuchte den Antisemitismus in der eigenen Community. *Text: Muhamed Beganovic*

### 36 LET'S TALK ABOUT SEX

ÖVP und FPÖ wollen verhindern, dass Vereine an Schulen weiterhin über Aufklärung sprechen. *Zoran Sergievski hat nachgefragt.*

## Rubriken

### 36 KOLUMNEN

*Von Martin Schenk, Philipp Sonderegger, Clara Akinyosoye*

### 38 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Weniger Islam, mehr Politik, bitte! *Kolumne: Nour El-Houda Khelifi*

### 39 SPOTLIGHT

In Hongkong rebelliert eine BürgerInnengesellschaft.

### 40 POPULÄRKULTUR

Bücher, Bücher, Bücher

### 45 SOS MITMENSCH

Pass Egal Wahl 2019. Be part of it!

### 46 ANDERE ÜBER ...

*Melisa Erkurt über den Heimatbegriff als Privileg.*

„Viele Bisse, jeder schmerzt.  
Viele Pointen, jede sitzt.“

DIE PRESSE

JETZT im TAG:

DIE RATTEN

KIRSCHGARTEN

MOMENT! IMPRO FESTIVAL

DORIAN GRAY

u.v.m.

[www.dasTAG.at/spielplan](http://www.dasTAG.at/spielplan)



Brillen manufaktur<sup>®</sup>

SCHARF.NET



1070 Wien, Neubaugasse 18 | Mo-Fr 10.00–18.30 Uhr | Sa 10.00–17.00 Uhr  
[www.brillenmanufaktur.info](http://www.brillenmanufaktur.info) | [instagram.com #brillenmanufaktur1](https://www.instagram.com/brillenmanufaktur1)

# Kunst

auktion 2019

Wir freuen uns über das tolle Ergebnis der 19. Benefizkunstauktion, das der Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch zugutekommt.

Vielen Dank an die  
Künstlerinnen und Künstler!



# MIR ISST ES RECHT

ESSEN



HELFEN



DANKE!



## Die Speisenaktion von FIAN

in Restaurants in Wien und Linz

19.10.-30.11.2019

Essen Sie eine FIAN-Speise in den teilnehmenden Restaurants und helfen Sie damit der Menschenrechtsorganisation FIAN beim Einsatz für das Recht auf Nahrung.

[www.fian.at/mirisstesrecht](http://www.fian.at/mirisstesrecht)

# Es geht um Ihre Einstellung.

[jobs.derStandard.at](http://jobs.derStandard.at)



Suchen Sie die richtige Stelle an der richtigen Stelle:  
Und zwar im STANDARD und auf [derStandard.at](http://derStandard.at).

**DERSTANDARD**

## HANDLUNGSBEDARF

# Rückkehr der Gesprächsbasis

Unter Türkis-Blau herrschte meist eisige Stille zwischen der Regierung und Menschenrechtsorganisationen. Unter Kanzlerin Bierlein wurde das Eis wieder gebrochen. Doch was kommt nach der Wahl?

Kommentar: Alexander Pollak

Ende Juli traf sich Innenminister Wolfgang Peschorn mit VertreterInnen von neun Asyl- und Menschenrechtsorganisationen. Die Atmosphäre war respektvoll. Das Gespräch dauerte mehr als zwei Stunden. Es berührte eine Reihe an aktuellen Themen: beginnend mit der Rettung von Menschen im Mittelmeer über den Stopp der Abschiebung von Lehrlingen bis zu den Sorgen betreffend die geplante Verstaatlichung der Betreuung von Asylsuchenden. Vorschläge und Wünsche wurden auf den Tisch gelegt, Gemeinsamkeiten und Differenzen diskutiert.

Das Besondere an dem Gespräch war: Unter der Vorgängerregierung wäre es undenkbar gewesen. Innenminister Herbert Kickl ließ Personen und Organisationen, die sich für Menschenrechte engagieren, spüren, dass er keinerlei Interesse an Kommunikation mit ihnen hatte. Selbst große Organisationen erhielten keinen Termin bei ihm, und dort, wo doch Gespräche stattfanden, glichen sie mehr einem Diktat als einem Austausch.

Mit der von Bundeskanzlerin Brigitte Bierlein geführten Regierung ist die Gesprächsbasis zurückgekehrt. Mehr noch, es ist das Interesse am Wissen und an den Lösungsvorschlägen von ExpertInnen und Prakti-

kerInnen zurückgekehrt. Denn es sind genau diese AkteurInnen, die wissen, wo der Schuh drückt, wo es Härtefälle gibt, wo von der jetzigen Politik individuelles Leid produziert und gesellschaftlichen Schaden angerichtet wird. Niemand sonst verleiht Menschen, die in der Öffentlichkeit kaum Gehör finden, eine Stimme.

Selbst viele Konservative haben sich in den vergangenen zwei Jahren mehrmals angesichts der destruktiven Regierungspolitik an den Kopf gegriffen. Als die Bundesregierung den Zugang zur Lehre für Asylsuchende versperrte und die Abschiebung von jungen Menschen, die mitten in einer Ausbildung sind oder diese sogar bereits abgeschlossen haben, begrüßte, platzte einigen schließlich der Kragen. Sie schlossen sich der „Ausbildung statt Abschiebung“-Initiative des oberösterreichischen Landesrats Rudi Ansober an. Ein ehemaliger ÖVP-Politiker fuhr darüber hinaus zur Asylstelle Traiskirchen, um dort das Propagandaschild von Innenminister Kickl abzumontieren. Die Initiative „Menschen. Würde. Österreich“ wurde von Personen aus dem ÖVP-Umfeld ins Leben gerufen, um Stimmung für ein modernes Bleiberecht zu machen. In einigen Orten im Westen Österreichs gingen selbst FPÖ-PolitikerInnen

mit auf die Straße, um gegen eine Abschiebep Praxis zu protestieren, die absurde Züge angenommen hat.

Jetzt, nach dem Platzen der türkis-blauen Koalition, scheint plötzlich wieder eine konstruktive Politik möglich zu sein. Maßnahmen, die Integration behindern, Ungleichheit verstärken, Menschen ins soziale Abseits drängen, Kinder im Stich lassen und grundlegende Menschenrechte bedrohen, könnten zurückgenommen oder zumindest abgeschwächt werden. Der Meinung von ExpertInnen könnte wieder der Vorzug vor der populistischen Berufung auf „Bauchentscheidungen“ gegeben werden.

Inzwischen deutet etwa die vormalige ÖVP-Wirtschaftsministerin, die sich vor wenigen Monaten noch für die Abschiebung von Lehrlingen ausgesprochen hatte, an, es könnte in zu einer „Neubewertung“ des Umgangs mit Asylsuchenden in der Lehre kommen. Doch noch handelt es sich lediglich um Worte. Konkrete Maßnahmen lassen noch auf sich warten.

Die Ibiza-Affäre hat die Stopp-Taste beim destruktiven türkis-blauen Projekt gedrückt. Vorerst, denn es ist ungewiss, was nach der Wahl passiert. Im schlimmsten Fall könnte es auch nur die Pause-Taste gewesen sein.



Illustration: Petja Dimitrova

# SOLI FÜR SOTOUDEH

Die iranische Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh engagiert sich gegen Todesurteile für Minderjährige oder vertritt Frauen, die ihr Kopftuch in der Öffentlichkeit ablegen. Wegen ihrer Arbeit verurteilte sie das Revolutionsgericht zu 33 Jahren Haft und 148 Peitschenhieben.

Text: Bianca Said

**V**or wenigen Wochen haben 14 Frauen im Iran dem Obersten Führer Ali Chamenei einen offenen Brief geschrieben und seinen Rückzug gefordert. Nach 40 Jahren dieser Theokratie brauche das Land eine gründliche Revision, die Gesellschaft gleiche einer „Gender Apartheid“ mit „patriarchalen Verhältnissen“. Und als wäre das nicht genug, heißt es am Ende: „Wie andere Pioniere gehen wir voraus und rufen „Nein zur Islamischen Republik“. Der Mut dieser 14 Aktivistinnen für Menschenrechte und für Frauenrechte ist nicht hoch genug einzuschätzen. Sie riskieren viele Jahre Gefängnis, was im Iran oftmals auch mit psychischer und körperlicher Folter einhergeht. Eine der Unterzeichnerinnen, die Menschenrechtsanwältin Giti Pourfazel, erklärte in einem Radiointerview, dass 20 Millionen Frauen im Iran hinter den Forderungen stünden, weshalb man die Frauen des Landes getrost als 15. Unterzeichnerin ansehen könne. In einem Kommentar schreibt Pourfazel: „Während in den meisten Staaten der Welt Frauen gemeinsam mit Männern die Wissenschaft, die Wirtschaft, die Kultur und Künste und die Politik weiterentwickeln, kämpfen die Frauen in der Islamischen Republik immer noch um ihre grundlegenden Menschenrechte.“

## 148 Peitschenhiebe

Die Islamische Republik Iran hätte die Voraussetzungen, eine funktionierende Demokratie zu sein – wäre da nicht das von Revolutionsführer Ruhollah Chomeini aufgepfropfte System des Velayat-e-faqih: ein Klüngel schiitischer Theologen steht über den Institutionen des Staates und hebelt

diese aus, sobald sie zu unabhängigen Entscheidungen neigen. Sie verbieten regelmäßig kritische Zeitungen, disqualifizieren unbequeme KandidatInnen bei politischen Wahlen und lassen Frauen, deren Kopftuch zu locker sitzt, von Revolutionswächtern oder den berüchtigten Basiji-Freiwilligen drangsalieren. Auch wenn bei der Ankunft in Teheran am Flughafen Zöllnerinnen die Pässe der Einreisenden abfertigen und die Frauen des Landes generell deutlich selbstbewusster sind als in manch arabischer Gesellschaft; auch wenn 60 Prozent der Studierenden des Landes weiblich sind und obwohl westliche Medien bei den vielfältigen Protesten im Land schon öfters das Brö-

## „NACH 40 JAHREN DIESER THEOKRATIE BRAUCHT DAS LAND EINE GRÜNDLICHE REVISION“

ckeln der theokratischen Macht beschworen haben, so sitzen die Mullahs weiterhin fest im Sattel. Sie regieren mit eiserner Hand, sobald ihre patriarchale oder wirtschaftliche Vormachtstellung gefährdet ist. Dann statuieren sie wieder ein Exempel. Vergangenes Jahr wurde die Aktivistin Shaparak Sharizadeh zu zwei Jahren Haft und 18 Jahren Bewährung verurteilt, weil sie während einer Demonstration das Kopftuch abnahm. Es gibt einige Juristinnen, die den heiklen Job übernehmen, Frauen wie sie vor Gericht zu verteidigen. Eine davon ist die Menschenrechtsanwältin Nasrin Sotoudeh. Sie hatte mehrmals solche Fälle übernommen und sich auch mit anderen kritischen State-ments zur Praxis der Theokratie exponiert.

Am 11. März dieses Jahres verdonnerte man Sotoudeh zu 33 Jahren Haft und 148 Peitschenhieben. Dass das System zurückschlagen würde, damit muss Sotoudeh wohl immer gerechnet haben. Bereits im Jahr 2010 war die Sacharow-Preisträgerin und Mutter mehrerer Kinder zu elf Jahren Haft verurteilt worden. Als der eher zahnlose Reformier Hassan Rouhani zum Präsidenten gewählt wurde, ließ man sie nach drei Jahren wieder frei. Nun, nach dem jüngsten drakonischen Schuldspruch, mit der die Menschenrechte regelrecht verhöhnt werden, zeigt man sich weltweit mit Sotoudeh solidarisch. Eine Million Menschen aus 200 Ländern fordern in einer Petition ihre Freilassung. Derzeit wird sie im berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran festgehalten, wo man ihr monatelang den Rechtsbeistand verwehrte. Kontakte nach außen ließ man nur sporadisch zu.

## Lehnt Kaution ab

Sotoudeh selbst wandte sich ungebrochen mit einem Brief, den das deutsche Magazin „Emma“ abgedruckt hat, an alle MitstreiterInnen. Zu Beginn ihres Schreibens betont sie, dass sie lediglich ihre Arbeit als Anwältin gemacht habe und allein dafür vom Revolutionsgericht bestraft würde. Um das undurchsichtige Urteil transparent zu machen, listet sie Punkt für Punkt auf, wie das Revolutionsgericht zu den verhängten 33 Jahren kam. Darin heißt es: sieben-einhalb Jahre Haft wegen „Verschwörung zur Gefährdung der nationalen Sicherheit“; siebeneinhalb Jahre Haft wegen Beteiligung an einer Kampagne für die Abschaffung von Hinrichtungen; eineinhalb Jahre Haft wegen „Verleumdung des Systems“; zwölf Jah-



Bei Demonstrationen weltweit wird die Freilassung der regimekritischen Anwältin gefordert.

re Haft wegen „Korruption“ und „Förderung von Prostitution“; 74 Peitschenhiebe wegen des öffentlichen Auftretens ohne religiöse Verschleierung; drei Jahre Haft und weitere 74 Peitschenhiebe wegen „Verbreitung von Unwahrheiten“ zur „Aufwiegelung der öffentlichen Meinung“; und zwei Jahre Haft wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“. Eine abenteuerlich anmutende Ansammlung an Vorwürfen von einer aufmunitierten Justiz. In der Praxis sieht das iranische Strafbuch vor, dass die schwerste Strafe als erste vollstreckt wird, das allein würde bereits 12 Jahre Haft bedeuten. Trotz des enormen psychischen Drucks, der auf Sotoudeh lastet, weigerte sie sich, zu den Gerichtsterminen zu erscheinen, um dem Gericht keine Legitimität zuzuerkennen. Als ihr Ehemann Reza Khandan eine Kautionssumme von 150.000 Dollar auftrieb, lehnte Sotoudeh das ab und blieb in Haft. Die Standhaftigkeit dieser Frau ist es auch, die das Regime auf spektakuläre Weise herausfordert. Dabei steht Sotoudeh in einer langen Reihe von Anwältinnen, die sich nicht beugen. Manche, wie etwa Mehrangiz Kar, flüchteten nach zähem Kampf schließlich ins Exil nach Kanada und die USA, andere wie Shirin Ebadi blieben und setzen dabei viel aufs Spiel, das eigene Wohl

und auch das ihrer Angehörigen. Ebadi, die war die erste und eine der wenigen Richterinnen im Iran, erhielt 2003 als erste Muslima den Friedensnobelpreis. Eine Auszeichnung, die ein Mindestmaß an Rückhalt für ihre Arbeit verspricht.

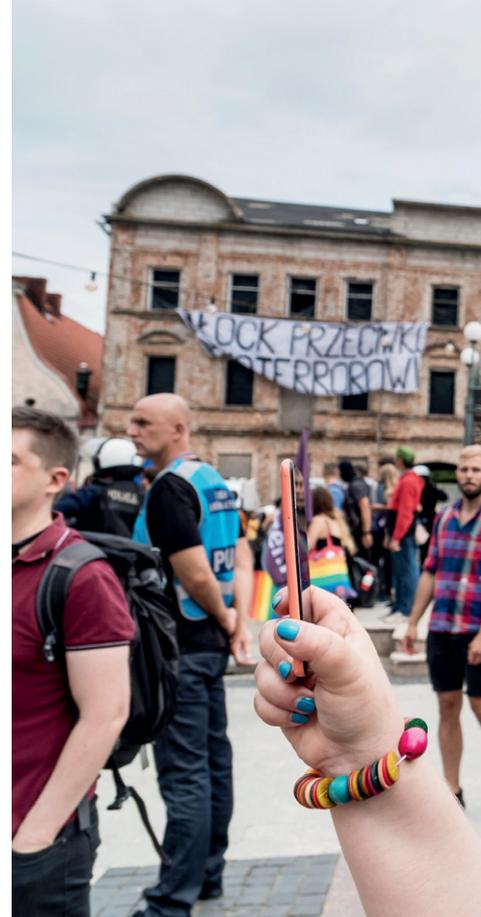
### **MIT IHRER BEHARRLICHKEIT WURDE NASRIN SOTOUDEH ZUM VORBILD VIELER JUNGER FRAUEN.**

#### **Erfolgreich die Stirn geboten**

Sotoudeh setzte immer wieder Zeichen. Im Oktober 2014 organisierte sie über mehrere Tage ein Sit-in vor der iranischen Anwaltskammer. Sie protestierte damit gegen die dreijährige Suspendierung ihrer Lizenz als Anwältin. KollegInnen unterstützten sie dabei. Tatsächlich erhielt sie ihre Berufserlaubnis zurück und hatte der Staatsmacht erfolgreich die Stirn geboten. Immer wieder sprach sich Sotoudeh auch sehr kritisch gegenüber der Rechtspraxis des Iran aus. In einem Interview thematisierte sie etwa die Hinrichtung Minderjähriger in der Islamischen Republik. Im Gespräch erklärt sie: „Mädchen werden in der iranischen Gesellschaft an ihrem 10. und Buben an ihrem

16. Geburtstag als erwachsen angesehen. Damit sind sie vor dem Gesetz auch strafrechtlich verantwortlich. Allein daran kann man erkennen, dass der Iran in Konflikt mit den völkerrechtlichen Verpflichtungen gerät.“ Artikel 37 der Kinderrechtskonvention, die der Iran 1971 unterzeichnet hat, verbietet die Hinrichtung von Menschen unter 18 Jahren. Artikel 49 des islamischen Strafbuches sieht Kinder nicht als strafmündig an. "Warum die iranische Regierung diese gesetzlichen Regelungen nicht befolgt, müssen wir also die Regierung fragen.“ Es sind unbequeme Fragen, die Sotoudeh den Richtern, den Mullahs, den Politikern stellt. Diesen fällt es schwer, die Anwältin nach einem gängigen Muster als „Agentin des Westens“ hinzustellen, da Sotoudeh sich einerseits auf islamische Rechtsquellen und völkerrechtliche Konventionen beruft und andererseits Widersprüche der iranischen Rechtsprechung aufzeigt. Und sie versteht es, die Willkür der Justiz sichtbar zu machen, wenn sie schreibt: „Im Falle meines Urteils hat der Richter meine Verteidigung der ‚Mädchen der Revolutionsstraße‘ sowie auch meine Niederlegung von Blumen auf dem Stromkasten auf der Revolutionsstraße als ‚Ausdruck von Korruption und Prostitution‘ gewertet. Und er hat die Vernehmungen in meiner Abwesenheit und der Abwesenheit meiner Rechtsanwältin durchgeführt. Außerdem hat er die ‚Mädchen der Revolutionsstraße‘ obszön beschimpft.“ Mit ihrer Beharrlichkeit wurde Sotoudeh zum Vorbild vieler junger Frauen. Da gibt es die Parkläuferin Mahsa Rezaie, die, weil man Mädchen aus den Turnsälen drängen möchte, ihre waghalsigen Manöver und Sprünge nun in öffentlichen Parkanlagen trainiert. Oder die jungen Frauen, die sich beim Radfahren filmen und das über Social Media verbreiten, seit Khamenei 2017 den Frauen das Radfahren untersagte. Oder die Frauen, die sich als Männer verkleiden, um ins Fußballstadion zu gehen, was ihnen seit 40 Jahren untersagt ist. Oder die iranischen Nationalspielerinnen, die sich für die Fußball-WM, den „Women's World Cup“, im Juni in Frankreich qualifiziert hatten; die das Regime aber nicht fahren ließ. Die Kleinlichkeit der Mullahs schreit zum Himmel. Und auch wenn die vielen mutigen Proteste der Iranerinnen die Herrschaft der Mullahs nicht zu Fall bringen, so halten sie den Druck auf die Politik hoch. Das weiß auch Nasrin Sotoudeh.

# MEINE REGENBOGEN- MARIA STEHT FÜR LIEBE



Die polnische Regierung schlägt immer rauere Töne gegen Homosexuelle an und bezeichnet sie als pädophil, familienfeindlich und antipolnisch. Das schlägt sich auch in Taten nieder: Schwule und Lesben werden auf der Straße attackiert. Die Aktivistin Elżbieta Podleśna leistet in diesem schwierigen Klima wichtige Arbeit.

Text: Florian Bayer

**I**n der gegenwärtigen politischen Situation ist es schwierig, sich auf irgendetwas zu verlassen“, sagt Elżbieta Podleśna. Die 51-jährige Polin ist hauptberuflich Krankenschwester an einer psychiatrischen Klinik in Warschau und setzt sich 2015 als selbstständige Aktivistin für Frauenrechte, Antifaschismus und LGBT-Rechte ein. Mediale Aufmerksamkeit erhielt sie, als sie für mehrere Stunden wegen angeblicher Verletzung religiöser Gefühle festgenommen wurde. Ein Straftatbestand, der in Polen mit einem Strafausmaß von bis zu zwei Jahren geahndet wird. Das ließ sie, wie sie am Telefon erzählt, am polnischen Rechtsstaat zweifeln. Bereits seit Monaten hat Podleśna keinen Zugriff mehr auf ihren Laptop, seit diesen die Polizei im Zuge einer Wohnungsdurchsuchung von der Polizei beschlagnahmt hat.

Ihr Vergehen: Elżbieta schmückte ein Bild der „Schwarzen Maria“ des bekannten Wallfahrtsorts Częstochowa mit einem

Regenbogenheiligenschein und protestierte damit gegen die um sich greifende Homophobie, die weite Teile der Kirche gutheißen und sogar schüren. Die Aktion sollte auch Pädophilie in der katholischen Kirche anprangern. „Meine Regenbogen-Maria steht für Liebe, Akzeptanz und Für-

**„DIENTEN 2015 NOCH  
MUSLIMISCHE FLÜCHTLINGE  
ALS FEINDBILD, SIND ES NUN  
HOMOSEXUELLE.“**

sorge. Die meisten polnischen Bischöfe stehen aber für das genaue Gegenteil, nämlich Pädophilie und das Totschweigen dieser Verbrechen“, sagt Elżbieta.

## **Polemik in den Medien**

Der Zeitpunkt ihres Protests im Mai war nicht zufällig gewählt. Zwei kontrovers diskutierte Dokumentationen gingen viral und führten einem polnischen Millionen-

publikum vor Augen, mit welchen Mitteln Kirchenmänner ihre pädophilen Vergehen kaschieren und ihre Macht gegen potenzielle Kritiker benutzen. Die Kirche spielte die Kritik herunter. Einmal mehr schien sie damit durchzukommen. Seit geraumer Zeit ist in Polen eine steigende homophobe Stimmung zu spüren. Für Podleśna ist das kein Zufall: „Die Regierung und zum Teil auch die Kirche haben Homosexuelle zu Staatsfeinden erklärt.“ Das ist auch dem Wahlkampf geschuldet, Polen wählt am 13. Oktober ein neues Parlament. Dienten im Wahlkampf 2015 noch muslimische Flüchtlinge als willkommenes Feindbild, sind es nun Homosexuelle, die als Sinnbild für alles, was Konservative am liberalen „Westen“ kritisieren, dargestellt werden. Ein Blick auf einige Cover polnischer Magazine verdeutlicht das. Auf einem erschlägt eine Abrissbirne in Regenbogenfarben den polnischen National-Adler. Zuletzt legte die überregionale „Gazeta Polska“ ihrer Au-



Mutige Parade, mit hässlichen Nebengeräuschen. Elżbieta Podleśna: „Das waren ganz normale Leute, die uns am liebsten den Tod an den Hals gewünscht hätten.“

flage Sticker mit der Aufschrift „LGBT-freie Zone“ bei. Die Botschaft: Schwule und Lesben zerstören traditionelle Familien, sind pädophil und wollen das katholische Polen zerstören.

Um die Sticker entbrannte bald eine Diskussion, einige Tankstellenketten und Buchhandlungen entschieden sich, die betroffenen Ausgaben aus dem Verkehr zu ziehen. Und auch die polnische Zivilgesellschaft ließ nicht lange auf sich warten und startete den Twitter-Hashtag #JestemLGBT („Ich bin LGBT“), unter dem sich Tausende Polen und Polinnen von der Krankenschwester bis zum Uniprofessor als schwul oder lesbisch outeten. Und das unter der Angabe ihres Namens, ihres Fotos und ihres Berufs. Außer Vorurteilen hatte die rechte Twitterblase dem nicht viel entgegenzusetzen.

Ob es um das LGBT-Thema nach der Wahl wieder ruhiger wird? Elżbieta bezweifelt es. „Solange ich mich erinnern kann, gibt es eine latente Homophobie in Polen, die wie der latent vorhandene Antisemitismus jederzeit ausbrechen kann.“ Als eine von mehreren Ursachen sieht sie die Schule, die wenig Raum für alternative Denkweisen und Lebensentwürfe zulasse. Auf dieser Grundlage hätte die Allianz Politik und Kirche leichtes Spiel, Vorurteile zu schüren.

### Prügel auf der Regenbogenparade

Elżbieta Podleśna lebt zwar schon seit mehr als 20 Jahren in Warschau, ist aber in Lublin aufgewachsen – einer Großstadt im

### DIE FRAGE IST: WAS IST DER ZIVILGESELLSCHAFT IN ZEITEN DES AUTORITÄREN BACKLASHS NOCH ERLAUBT?

Südosten Polens, die in einer strukturschwachen Region nahe der ukrainischen Grenze liegt. Im Oktober 2018 fand dort die erste Regenbogenparade mit 1.500 TeilnehmerInnen statt. Rund 200 gewaltbereite Hooligans attackierten sie mit Glasflaschen, Steinen und Fäusten. Die Szenerie erinnerte an ein Kriegsgebiet, die Polizei setzte schließlich Wasserwerfer und Tränengas ein. Zu ähnlichen Szenen kam es Ende Juli 2019 in Białystok im Nordosten Polens, wo AktivistInnen erstmals eine Regenbogenparade veranstalteten. Auch sie wurden gewaltsam attackiert. Podleśna erzählt, dass es dort bereits im Vorfeld Warnungen gegeben habe vor ansonsten rivalisierenden Hooligan-Clubs, die nun vereint die LGBT-Demo attackierten. Vom Ausmaß der Gewalt war selbst die demonstrationserfahrene Aktivistin überrascht.

„Tausende Stimmen haben geschrien 'Raus

mit euch Perversen' und Schlimmeres. Sie haben uns Feuerwerkskörper vor die Füße geschmissen, uns mit uringefüllten Glas- und Plastikflaschen beworfen“, berichtet Elżbieta. „Von den Balkonen leerten die Leute ihre Mistkübel auf uns aus und bewarfen uns mit vollgeschissenen Babywindeln.“ Mütter und Väter haben vielfach ihren Kinder gezeigt, was sie von den Menschen hielten, die an ihnen vorbeigingen. Sie bespuckten und beschimpften die AktivistInnen. „Das waren ganz normale Leute, die uns am liebsten den Tod an den Hals gewünscht hätten.“ Hört man Elżbieta zu, erinnert man sich unweigerlich an die Anfänge des Faschismus der 1930er Jahre. Als der Demonstrationzug endlich in Bewegung kam, versuchten Dutzende Männer bei Nadelöhren der Route, einzelne DemonstrantInnen zu isolieren und zu attackieren. Mehrere minderjährige Mädchen wurden blutig geschlagen, auch Elżbieta und ihre Freunde wurden am Weg zu ihrem Auto angegriffen. Sie hatten glücklicherweise Pfefferspray dabei und konnten die Angreifer in die Flucht schlagen. Danach wollte sie nur noch raus aus der Stadt, sofort. Elżbieta kritisiert, dass viel zu wenig Polizei abgestellt war und dass sich diese recht passiv verhielt: Erst als Hooligans auch Polizisten attackierten, schritt sie ein. Auf die Beschwerden Elżbietas reagierte man nicht.

„Ich bin privilegiert, weil ich Hand in Hand mit meinem Partner gehen kann. Meine homosexuellen Freunde können das nicht, nirgendwo in Polen“, sagt Elżbieta. Trotz der schlimmen Erfahrung in Białystok will sich Elżbieta nicht einschüchtern lassen, schon stehen die nächsten LGBT-Demos vor der Tür. Derweil wartet die Krankenschwester noch auf das abschließende Urteil in der Causa Regenbogen-Maria, das zu einem Präzedenzfall werden könnte – für die Unabhängigkeit der Justiz, für das Verhältnis Religion vs. Staat und dafür, was der Zivilgesellschaft in Zeiten des autoritären Backlashs noch erlaubt ist.

*Eine Petition von Amnesty International finden Sie hier:*

[www.amnesty.org/en/get-involved/take-action/poland-activist-elzbieta-podlesna](http://www.amnesty.org/en/get-involved/take-action/poland-activist-elzbieta-podlesna)

# EMPATHIE IST ERLERNBAR

Zehn Jahre sind seit dem Aufstand der dschihadistischen Boko Haram in Nigeria vergangen. Noch immer kämpfen die Islamisten für den Gottesstaat und stützen sich dabei auf internationale Netzwerke. Die Psychologin Fatima Akilu arbeitet mit zurückgekehrten TäterInnen und traumatisierten Opfern.

Interview: Brigitte Theißl

**Mit Ihrer NGO, der „Neem Foundation“, arbeiten Sie Radikalisierung entgegen. Im Kampf gegen Terror und Extremismus sei ein „hard approach“ nicht ausreichend, ist auf Ihrer Website zu lesen. Was bedeutet das für Ihre tägliche Arbeit?**

Wir haben in der Neem Foundation einen ganzheitlichen Ansatz in der Bekämpfung von Gewalt und Extremismus entwickelt, ein wichtiges Element dabei ist die Resozialisierung, die soziale Wiedereingliederung. Viele junge Menschen haben sich Boko Haram angeschlossen, aber auch ältere Menschen, ganze Familien, vereinzelt auch Frauen. Boko Haram hat außerdem Tausende Menschen entführt. Wenn sie aus der Gefangenschaft zurückkehren, fehlen ihnen oft jegliche Ressourcen. In unseren Programmen unterstützen wir sie dabei, in ihrem neuen Leben Fuß zu fassen, wir versuchen aber auch herauszufinden, welche Ideologien sie mitgebracht haben und was die Folgen für ihre psychische Gesundheit sind. Die Terror-Gruppe hat viele Menschen schwer traumatisiert zurückgelassen. Das Ziel ist es, sie wieder in ihre Communities zu integrieren. Das erfordert auch



Fatima Akilu unterstützt mit ihrer Neem Foundation Menschen, die von Boko Haram zurückkehren.

mühsame Arbeit mit dem Umfeld. In vielen Dörfern müssen schließlich die Familien der Opfer mit jenen der Täter zusammenleben.

## **IN VIELEN DÖRFERN MÜSSEN FAMILIEN DER OPFER MIT JENEN DER TÄTER ZUSAMMENLEBEN.**

Um zu verstehen, wie gewalttätige, extremistische Gruppierungen neue Mitglieder rekrutieren, betreiben wir außerdem Forschung vor Ort und verfassen dazu auch Strategiepapiere. Was sind erste Anzei-

chen einer Radikalisierung, wann müssen die Alarmglocken schrillen? Ich habe früher für die Regierung gearbeitet, wo natürlich ganz andere Ressourcen zur Verfügung standen. Als NGO haben wir diese Mittel nicht, also versuchen wir uns eng zu vernetzen und unsere Ergebnisse EntscheidungsträgerInnen zur Verfügung zu stellen.

**In der internationalen Berichterstattung war vor allem von der Entführung von Frauen durch Boko Haram zu lesen. Warum schließen sich Frauen freiwillig der Terrorgruppe an?**

Die meisten Frauen haben sich nicht frei-

willig angeschlossen: Sie wurden entführt, verschleppt, von ihren Vätern, Brüdern oder Ehemännern zu Boko Haram gebracht. Wir dürfen aber nicht übersehen, dass sich eine sehr kleine Gruppe sehr wohl von Boko Haram angezogen fühlte. Es gibt Frauen, die diese extremistische Ideologie teilen, es ist oft sehr schwierig, mit ihnen in De-Radikalisierungsprogrammen zu arbeiten. Teil von Boko Haram zu sein verschaffte ihnen einen enormen Statusgewinn. Wir schauen uns die Rolle von Frauen in der Gruppierung also sehr genau an. Das wohl größte Problem von Frauen, die Opfer von Boko Haram wurden und in ihre Communities zurückkehren, ist eine Re-Viktimisierung. Die Betroffenen erhoffen sich Empathie und Unterstützung – und werden häufig feindselig empfangen, vor allem, wenn sie schwanger wurden oder Kinder mitbringen. Wenn wir den Faktor Geschlecht betrachten, dürfen wir außerdem nicht vergessen, dass Männer nicht nur Täter sind, viele Buben und junge Männer haben während des Aufstands enorme Gewalt erlebt und sind schwer traumatisiert.

**In der Neem Foundation arbeiten Sie mit AussteigerInnen und Opfern einer der gefährlichsten Terror-Gruppen weltweit. Wie lebensbedrohlich ist Ihre Arbeit?**

Unsere Arbeit ist enorm gefährlich. Wir begeben uns in die Gebiete von Terrorgruppen, damit gehen große Gefahren einher. Mein Zugang ist, dass ich diese Entscheidung bewusst getroffen habe, ich bin mir der Risiken bewusst. Außerdem haben viele Menschen keine Wahl und müssen in diesen Gebieten leben. Sie benötigen dringend unsere Unterstützung – das ist es, was uns in unserer täglichen Arbeit antreibt.

**Die nigerianische Regierung kämpft bisher erfolglos gegen Boko Haram, seit rund zwanzig Jahren ist die Gruppierung in Nigeria und auch in benachbarten Staaten aktiv. Was macht es so schwierig, sie zurückzudrängen?**

Die wohl größte Schwierigkeit ist ihre Widerstandsfähigkeit. Boko Haram hat sich internationale Netzwerke aufgebaut, so gelingt es ihnen auch an Waffenlieferungen zu kommen, mittlerweile werden sie auch von Isis großzügig unterstützt – bei der Logistik, der Ausbildung und gemeinsamen Operationen. Obwohl sie eine relativ klei-



Akilu: Sie leitete das erste Anti-Extremismusprogramm des Landes.

ne Gruppe sind, macht dieses Netzwerk es schwierig, sie nachhaltig zu bekämpfen – und sie sind nach wie vor in der Lage, neue Mitglieder zu rekrutieren.

**Als Psychologin arbeiten Sie seit vielen Jahren mit Tätern und Täterinnen, mit Sexualstraftätern und TerroristInnen. Was ist die größte Herausforderung in der Arbeit mit Menschen, die zu grausamen Gewalttaten fähig waren?**

**ES IST WICHTIG, MENSCHEN DAZU ZU BRINGEN, SICH IN ANDERE HINEINZUVERSETZEN.**

Die größte Herausforderung ist wohl, sie zu einer Veränderung zu motivieren. Es gibt Menschen, für die Gewalt ein wichtiger Bestandteil ihrer Identität geworden ist – eine Verhaltensänderung ist daher sehr schwierig anzuleiten. Gewalt bedeutet auch Macht, Kontrolle über andere auszuüben. Damit die Täter diese aufgeben, müssen wir einen entsprechenden Anreiz bieten. In meiner Resozialisierungs-Arbeit setze ich auf Empathie als Schlüssel-Faktor. Es ist wichtig, Menschen dazu zu bringen, sich in andere hineinzusetzen, zu verstehen, was ihre Gewalt bei den Betroffenen bewirkt. Ich bin davon überzeugt, dass man nicht als empathischer Mensch geboren wird oder eben nicht – Empathie ist vielmehr erlernbar. In der Arbeit mit ideologiegetriebenen Ter-

roristInnen ist auch die Auseinandersetzung mit den dahinterliegenden Glaubenssätzen von großer Bedeutung. Im Fall von Boko Haram arbeiten wir mit Imamen zusammen und beschäftigen uns mit dem Koran, der als Rechtfertigung für die Gewalttaten herangezogen wird. Wir zeigen ihnen, dass ihre extremistischen Überzeugungen im Koran so gar nicht zu finden sind.

**Sie setzen sich als Aktivistin auch für Frauenrechte ein. Im weltweiten Ranking des Global Gender Gap Reports 2018 liegt Nigeria abgeschlagen im letzten Drittel. Wie schätzen Sie die aktuelle Lage ein – nimmt die nigerianische Regierung Gleichstellungspolitik ernst?**

In Sachen Frauenrechte haben wir noch einen langen Weg vor uns. Allein, wenn wir die Repräsentation von Frauen auf verschiedenen politischen Ebenen in den Blick nehmen, schaut es düster aus. Von der aktuellen, wiedergewählten Regierung wurden nur sieben Frauen von insgesamt 43 Personen für das Kabinett nominiert. Das ist einfach nicht gut genug. In meiner Arbeit im Bereich von Sicherheit und Gewaltprävention bin ich auch immer wieder enttäuscht davon, wie wenig Frauen als Entscheidungsträgerinnen ernstgenommen werden. Wenn es darum geht, junge Menschen zu integrieren, soziale Arbeit zu leisten, stützt man sich auf Frauen – aber man blendet sie einfach aus, wenn es um politische Prozesse und Führungspositionen geht. In Nigeria haben wir eine junge Generation gut ausgebildeter Frauen, für die es viel zu wenige Möglichkeiten gibt, das ist ein großes Problem für die Zukunft unseres Landes.

*Die Psychologin Fatima Akilu ist Direktorin der Neem Foundation, und Mitglied der global vernetzten Women's Alliance for Security Leadership (WASL). Im Nordwesten Nigerias wurden im Zuge des Terrors durch Boko Haram 20.000 Menschen getötet und rund zwei Millionen Menschen vertrieben. Nigerianische Gefängnisse sind überfüllt mit Männern, die der Terrorgruppe angehören oder verdächtigt werden. Im Jahr 2012 suchte Nigerias Präsident Goodluck Jonathan nach neuen Ansätzen der De-Radikalisierung, Akilu erhielt den Auftrag, das erste Anti-Extremismus-Programm des Landes zu leiten.*

# BEGEGNUNGEN AUF AUGENHÖHE

Jahrelang engagieren sich Menschen in Österreich in sozialen Einrichtungen ohne eine große Sache daraus zu machen. Das MO-Magazin hat zwei Mitarbeiterinnen der VinziRast in Wien vor den Vorhang gebeten: Elisabeth Prent und Marie-Isabelle Schallenberg.

Text: Eva Maria Bachinger

Fotos: Lisi Niesner

**I**ch könnte ja an seiner Stelle sein“, sagt sich Marie-Isabelle Schallenberg in schwierigen Situationen wie jener, als es ihr schwer fiel, einem betrunkenen Obdachlosen, der sich von oben bis unten angekotzt hatte, zu helfen. Die meisten würden wohl sagen, in so eine Situation komme ich nie. „Aber es kann schneller abwärts gehen, als man für möglich gehalten hat, es kann jedem passieren“, so Schallenberg. Sie ist eine zierliche Frau und spricht leise, mit französischem Akzent. In Brüssel geboren, in Paris aufgewachsen, lebt die 50-Jährige seit mehr als 20 Jahren in Wien und engagiert sich ehrenamtlich bei der VinziRast. Die Organisation betreibt eine Notschlafstelle, Wohngemeinschaften sowie das Cafe-Restaurant „Mittendrin“. Es wird viel Wert auf Begegnungen auf Augenhöhe gelegt, auch wenn die sozialen Unterschiede mitunter groß sind. In der Notschlafstelle gibt es keine KlientInnen, sondern nur „Gäste“.

Schallenberg hat in Frankreich Finanzwirtschaft studiert und im Bankenbereich gearbeitet. „Aber dort habe ich mich zunehmend gelangweilt“. Nach der für sie schmerzhaften Trennung von ihrem Ehemann hat sie begonnen sich zu überlegen, was sie eigentlich schon immer in ihrem Leben machen wollte. Sie begann in einem

Chor zu singen und sie wollte sich in einem sozialen Verein engagieren, nur wusste sie nicht, wie und wo. Durch eine Freundin lernte sie die VinziRast-Gründerin Cecily Corti kennen. „Wir saßen im Café Mittendrin und haben uns auf Anhieb gut verstanden. Sie hat gesagt, morgen fängst du an.“ Seit fünf Jahren macht Schallenberg monatlich zwei Abenddienste in der Notschlafstelle und hilft im Büro bei der

**„ES KANN SCHNELLER  
ABWÄRTS GEHEN,  
ALS MAN ES FÜR  
MÖGLICH GEHALTEN HAT.“**

Administration. Beeindruckend findet sie was ehrenamtlich geleistet wird: „Kollegin Susanne, die über 90 Jahre alt ist, kommt jeden zweiten Tag zum Kartenspielen mit den Gästen. Auch großartig ist, dass jeden Abend immer von Ehrenamtlichen für alle Gäste gekocht wird.“

## **Einen Moment der Ruhe**

Motivation und Kraft schöpfe sie vor allem aus ihrem Glauben. „Ich tue es aus Nächstenliebe. Wenn durch mich ein bisschen Freude, Trost und Liebe vermittelt werden kann, dann bin ich zufrieden. Man muss

aber auch demütig sein und akzeptieren, dass man manchmal nicht so viel ändern kann. Doch für Betroffene werden die wichtigsten Grundbedürfnisse erfüllt, Essen, ein Bett, eine Dusche, Kleidung.“ Dass man an Grenzen gerate, sei ganz normal: „Es gibt jene, die das System ausnutzen, das nervt. Und es gibt jene, die wieder zum Trinken anfangen, obwohl wir alles Mögliche getan haben. Was ist der Sinn, das fragt man sich natürlich immer wieder mal. Wir können nicht die ganze Armut abschaffen, wir haben nur rund 50 Betten. Aber wenn wir etwa im Winter nicht da sind, können diese Menschen auf der Straße erfrieren. Bei der VinziRast finden sie einen kleinen Moment Ruhe in einem schwierigen Leben.“ Erfüllung geben ihr die Begegnungen, erzählt sie im Schlafbereich, wo sie lieber ist als beim Empfang, und sich nun mit Kollegin Elisabeth Prent für diese Geschichte fotografieren lässt: „Eine Frau ist mir besonders ans Herz gewachsen, sie ist eine begabte, musikalische Frau, aber sie hat schlimme seelische Verletzungen erlitten, hat getrunken und wird es wohl nie schaffen. Sie ist nun im Gefängnis, aber ich habe noch immer Kontakt zu ihr.“ Oder: „Ein großer, starker Mann aus Afrika hat mir geholfen ein Bett zu überziehen. Plötzlich hat



er zu weinen begonnen. Weißt Du, ein Bett zu machen, das habe ich zuletzt mit meiner Mutter gemacht, hat er zu mir gesagt.“

### Ein anderer Blick

Durch ihre ehrenamtliche Arbeit hat sich ihr Blick auf Obdachlose geändert. „Früher habe ich auch nicht gewusst, was mach ich, wenn jemand auf der Straße sitzt. Schau ich hin, wende ich mich ab? Geb ich einen Euro oder nicht? Ich habe gelernt hinzuschauen und zuerst grüße ich. Es sind Menschen wie Du und ich, es tut ihnen gut, wenn sie wahrgenommen werden. Ich komm dann oft ins Gespräch.“ Schallenberg stammt aus einem wohlhabenden, adeligen Umfeld, das anfangs mit Verständnislosigkeit – „Wie kannst du so was machen?“ – und später mit Erstaunen auf ihre Tätigkeit reagiert hatte. „Wenn die Leute sehen, dass man es regelmäßig macht, oder wenn ich einen unserer Gäste plötzlich auf der Straße treffe und er mich umarmt, dann reagieren viele mit Befremden, aber auch mit Bewunderung. Viele können sich nicht vorstellen, was sie mit einem Obdachlosen gemeinsam haben könnten.“

### Menschenrecht und Menschenpflicht

Ihre Kollegin Elisabeth Prent arbeitet seit neun Jahren ehrenamtlich bei der VinziRast und ist seit zwei die Leiterin der Notschlafstelle. Bei einer Veranstaltung im Radiokulturhaus ua. mit VinziRast-Gründerin Cecily Corti wurde sie auf die Organisation aufmerksam. Früher hat sie als kaufmännische Angestellte gearbeitet und ist durch den Beruf ihres ersten Mannes viel herumgekommen. Die vierköpfige Familie hat in München, Rom, Kairo, Athen und Istanbul gelebt. Nach der Pensionierung hat sie begonnen sich in der VinziRast zu engagieren, gemeinsam mit ihrem zweiten Mann. Derzeit macht Prent vier bis sechs Nachtdienste im Monat, zusätzlich die Koordination der MitarbeiterInnen, Teambesprechungen, Supervision, Protokolle. Sie ersetzt damit de facto eine Teilzeitkraft.

Für die 69-Jährige gehört es zum Leben dazu, aufmerksam und wachsam zu sein für all das, was in der Gesellschaft und auf der Welt passiert: „Einfach zu sagen, ich will helfen; das greift zu kurz. Es ist eine Art menschliche Pflicht. Wenn es Menschenrechte gibt, dann gibt es auch Menschenpflichten. Das gehört zusammen. Damit



Elisabeth Prent, Marie Isabelle Schallenberg: Heldinnen des Alltags.

Menschenrechte ganz allgemein umgesetzt werden können, bedarf es des Engagements möglichst vieler Menschen – ganz selbstverständlich.“ Sie verweist auch auf einen Slogan der VinziRast: „Wir gehören alle zusammen.“ Folglich: „Wenn das so ist, muss man ein Gespür für Notwendigkeiten entwickeln. Es ist eine Notwendigkeit sich für andere Menschen einzusetzen, die aus irgendeinem Grund aus dem üblichen System herausgefallen sind. Wir können sie ja nicht entsorgen, auch wenn das manche wie es derzeit öfters den Anschein hat, glau-

### ZU BEGINN GAB ES UNVERSTÄNDNIS, ES HIESS: "WIE KANNST DU SO ETWAS MACHEN?" M. SCHALLENBERG

ben tun zu können. Mangel unterschiedlichster Art begegnet uns immer wieder. Diesen im Rahmen der eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten etwas auszugleichen – das erscheint mir sehr wichtig.“

### „Die Chefin bin ich“

Die konkrete Arbeit in der Notschlafstelle sei auch mehr als nur Menschen mit einem Bett und Essen zu versorgen. „Es geht auch um Empathie und Verständnis, wie es zu so einer Situation gekommen ist. Es ist auch keine eingleisige Sache, ich bilde mich hier weiter. Ich hoffe, dass meine Herzensbildung voranschreitet im Laufe der Jahre.“ Mittlerweile habe sie viel über Obdachlosigkeit gelernt und über ihre Grenzen. „Man meint, man sei so tolerant, aber nicht immer fällt alles so leicht. Man lernt eine bestimmte Form von Gelassenheit und braucht auch mitunter viel Geduld.“ Manche Gäste seien aggressiv und unzufrieden, die Mitarbeiterinnen seien dann der Prell-

bock. Zudem steige die Zahl der psychisch kranken Obdachlosen. „Viele kommen total betrunken, viele sind drogenabhängig, sie sind oft gar nicht in der Lage, etwas koordiniert zu sagen oder zu tun. Und trotzdem müssen sie ein Minimum an Fähigkeiten aufbringen um in ihr Bett zu gelangen, sich zu duschen, nicht nackt herumzulaufen, um 22 Uhr still zu sein, um 8 Uhr früh wieder draußen zu sein. Die Einhaltung dieser minimalen Regeln ist eine Bedingung, um das Bett nicht zu verlieren. Es gibt fast keine Beschwerden aus der Nachbarschaft, wir schauen, dass nachts Ruhe herrscht, dass der Gehsteig sauber ist. Es ist wohl der sauberste Gehsteig im 12. Bezirk, weil er jeden Tag gewaschen wird“, lacht Prent. Besonders schwierig sei es, Menschen wegschicken zu müssen, weil alle Betten belegt sind; und alle anderen Einrichtungen ebenso. „Eine Herausforderung ist auch, dass manche Gäste nicht in der Lage sind, uns auch nur ein Minimum an Wertschätzung entgegenzubringen. So hören wir manchmal: ‚Von einer Frau lass ich mir nichts sagen‘ – und wir sind an manchen Abenden fast nur Frauen, ‚ich will mit dem Boss sprechen, meint einer, wir haben keinen, die Chefin bin ich.“

Die Vielfalt sei bei der VinziRast auch auffallend, durch die Ehrenamtlichen und durch die Gäste: „Einmal hatten wir 13 verschiedene Nationalitäten in 48 Betten.“ Prent versucht im Bekanntenkreis Ehrenamtliche zu gewinnen, doch: „Da erklärt man mir immer wieder: ‚Ich würde diese Arbeit nicht aushalten, ich kann mir nicht vorstellen, mit solchen Menschen zu tun zu haben‘: aber ich denke schon, dass da mitunter auch Bequemlichkeit dabei ist. Viele Begründungen kann ich verstehen: Es gibt Phasen im Leben, da fordert die Familie viel Aufmerksamkeit; oder der Beruf; oder auch die eigene Gesundheit. Ein Engagement hat aber auch mit einer gewissen Einstellung zum Leben oder dem Menschenbild zu tun. Wenn man den eigenen Blickwinkel vergrößert, dann führt das irgendwie automatisch dazu, sein Leben bewusst und mit viel Engagement zu gestalten – im Sinne der Gemeinschaft.“

*Ehrenamtliche MitarbeiterInnen werden gesucht, vor allem für Nachtdienste und Kochdienste in der Notschlafstelle. Bei Interesse wenden Sie sich an: Obfrau Veronika Kerres, v.kerres@vinzirast.at.*

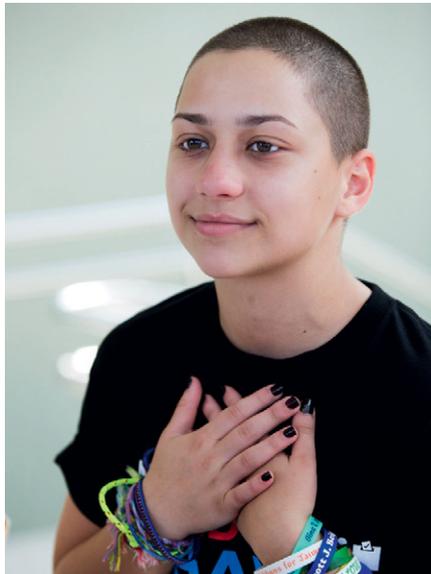
# SHAME ON YOU

Nach einem Amoklauf an einer Schule in Florida startete eine Gruppe von 20 Schülerinnen und Schülern eine höchst erfolgreiche Kampagne gegen die Waffenlobbyisten. Emma Gonzalez wurde mit einer wütenden Rede an Donald Trump ihr bekanntestes Gesicht.

Text: Gerfried Balzer

**A**ls sich Emma Gonzalez und Dana Loesch, Sprecherin der National Rifle Association (NRA), bei einer von CNN organisierten Diskussion über „Gun Control“ gegenüberstehen, geben Gonzalez und ihre Mitschülerinnen Loesch etwas mit auf den Weg: „Wir wollen, dass Sie wissen, dass wir Ihre zwei Kinder auf eine Weise unterstützen werden, wie Sie das in keiner Weise tun.“ Loesch ließ sich nicht aus der Ruhe bringen und gratulierte der 19-jährigen Gonzalez für ihr politisches Engagement. Sie selbst, so die NRA-Lobbyistin, sei als Teenager ebenfalls sehr aktiv gewesen und stehe deshalb nun auf dieser Bühne. Eine stärkere Waffenkontrolle ist in den USA bislang nicht mehrheitsfähig, wenig verwunderlich konnten auch die Schülerinnen der NRA-Frau keine Zugeständnisse abringen.

Emma Gonzalez, die junge Frau im Sinead O'Connor-Look, ist eine der Überlebenden des Massakers an der Marjory Stoneman Douglas Highschool in Parkland, Florida. Am 14. Februar 2018 marschierte der 19-jährige ehemalige Schüler Nikolas Cruz auf das Gelände und tötete 17 Menschen. Gonzalez war eine der Überlebenden. Mehrere SchülerInnen wandten sich in den Tagen darauf an die Öffentlichkeit. Gonzalez' emotionale Rede fiel auf und ging um die Welt: Statt „Thoughts and prayers“ sollten die NRA, die Gesetzgeber und der Präsident lieber handeln. Donald Trump richtete sie aus: „Wenn der Präsident kommt und mir ins Gesicht sagt, dass das eine schreckliche Tragödie war, die niemals passieren hätte dürfen, werde ich ihn mit großer Freude fragen, wie viel Geld er von der National Rifle Association erhalten hat. Aber wisst ihr was? Seine Antwort spielt keine



E. Gonzalez: Durch ihre Kampagne beendeten mehrere Firmen ihre Kooperation mit der NRA.

Rolle, ich weiß es ohnehin. Dreißig Millionen Dollar.“ Und weiter: „Rechnet man diese Summe auf die Opfer von Schusswaffen in den Monaten 2018 hoch, dann ergibt

**„ICH WÜRDTE TRUMP MIT GROSSER FREUDE FRAGEN, WIE VIEL GELD ER VON DER NRA BEKOMMEN HAT.“**

das 5.800 Dollar für jeden getöteten Menschen. Ist es das, was Ihnen diese Menschen wert sind, Trump?“

## Unternehmen reagieren

In den USA gibt es mehr Waffen als EinwohnerInnen. Zu sagen, jede/r hat eine Waffe, wäre also noch untertrieben. Aus europäischer Sicht wirkt das wie ein Fetisch, aus US-amerikanischer Sicht ist es Nor-

malität. Der zweite Zusatzartikel der US-Verfassung verbietet der Regierung sogar, das Recht auf Waffenbesitz einzuschränken. Während Nachbar Kanada keinen exzessiven Schusswaffenbesitz kennt, gehen die Amerikaner schon mit ihren Kindern auf die Shooting Ranch. Für Mädchen gerne auch mit rosa gefärbtem Schaft. Im heurigen Jahr verzeichnete man bereits mehr als 250 Angriffe mit Schusswaffen, bei denen zumindest vier Menschen ermordet wurden. Es macht den Eindruck, dass die meist männlichen Täter leichter Zugang zu einer Waffe haben als zu psychologischer Hilfe. Im Jahr 2018 wurden laut dem Gun Violence Archive in den USA 14.771 Menschen durch Schusswaffen getötet. Allein Washington könnte die Logik der Gewalt durchbrechen, wonach mehr Waffen auch mehr persönliche Sicherheit bedeuten. Mit Emma Gonzalez ist eine neue, starke Stimme in die politische Diskussion gekommen. Mit ihrer Rede gelang es ihr, die traurige Routine der Proteste nach Shootings mit neuer Energie aufzuladen. Gonzalez, Tochter einer Mathematiklehrerin und eines Rechtsanwaltes, erreichte gemeinsam mit ihren MitstreiterInnen bereits etwas. Aufgrund ihrer Kampagne „Boycott NRA“ beendeten mehrere Unternehmen ihre Kooperation mit den Waffenlobbyisten, darunter der Autovermieter Hertz und die Fluglinie Delta Air Lines. Die Waffenbefürworter zeigten Nerven und verbreiteten Fake News über Gonzalez. Der Schauspieler Adam Baldwin stellte Bildmaterial auf Facebook, wo zu sehen ist, wie Gonzalez die US-Verfassung zerreißt. Als der Schwindel aufflog, erklärte er, das sei doch nur „Satire“ gewesen. Das kommt einem auch in Österreich bekannt vor.

# EIN WERKZEUG FÜR KRITISCHES DENKEN

Eine Frauenrechtlerin im erkonservativen Umfeld der Golfregion: Musa bint Nasser, Stilikone und Ehefrau des früheren Emirs, setzt sich entschieden für Bildung ein.

**S**ie verkörpert gleichsam die dramatischen Widersprüche der Golf-Region, in denen erkonservative Kräfte den bemerkenswerten Aufbruch in die Moderne allorts zu verhindern suchen. Musa bint Nasser, die zweite Ehefrau des ehemaligen Emirs von Katar, Scheich Hamad bin Khalifa al-Thani, vollführt dabei einen Balanceakt. Sie hat sich Bildung als Kernthema ihrer politischen Arbeit auf die Fahnen geschrieben und setzte in den vergangenen Jahren ungeahnte Schritte. Sie forcierte die Gründung einer Universität in Katars Hauptstadt Doha, ist seit Jahren Sondergesandte des UNHCR und setzt sich für die Unterstützung von Bildungseinrichtungen in ärmeren Staaten ein. Ein Schwerpunkt sind die Rechte von Mädchen und Frauen, „Educate a child“ ist eines der zentralen Programme für benachteiligte Kinder in der Welt. Beim World Innovation Summit 2011 Opening in Doha erklärte sie: „Ich bin überzeugt davon, dass Bildung ein Leben und auch die Gesellschaft verändern kann. Für die Jugend kann Bildung ein Werkzeug für kritisches Denken sein.“ Ein brisantes Ansinnen in einer absoluten Monarchie, in der der Ehemann der Sheikha erst wenige Jahre zuvor das allgemeine Wahlrecht eingeführt hatte. Bint Nasser, Tochter eines Oppositionellen, der mit seiner Familie vorübergehend das Land verließ, studierte Soziologie in Doha und hat an der Seite des Scheichs in einer Region, die einer demokratiepolitischen Wüste gleicht, eine beispiellose Präsenz entwickelt. In Gesprächen erweist sie sich als hervorragende Rhetorikerin, die erahnen lässt, wie geschickt sie in ihrem konservativen Umfeld für ihre Ideen und ihre Aktivitäten wirbt.



Musa bint Nasser: vollführt Gratwanderung für die Chancen von Mädchen und Frauen.

## Education City

Katar, eine Halbinsel von der Größe Oberösterreichs, ist eines der reichsten Länder der Welt. 2022 wird es die Endrunde der Fußball-WM ausrichten, europäische Firmen zogen Millionen-Aufträge an Land. Die Kritik an Arbeitsbedingungen und Menschenrechtsverletzungen begleiten die Vorbereitungen ebenso. Noch bis 1971 war Katar ein Protektorat Großbritanniens, zugleich unterliegt es aber dem Einfluss des mächtigen Nachbarn Saudi Arabien, dessen sektiererische wahhabistische Glaubensauslegung auch in Katar bestimmend ist. Vor 20 Jahren führte der Emir als Erster in der Golf-Region das aktive und pas-

sive Wahlrecht für Frauen auf kommunaler Ebene ein. Ein singulärer Schritt, der kein Bekenntnis zur Demokratie bedeutet. Mit Sheikha Musa bint Nasser betrat eine Frau die politische Bühne, wie sie bisher am Golf unbekannt war. Mit ihren hochhackigen Schuhen und engen, langen Kleidern, mal cremefarben, mal purpurot, wurde sie neben Michelle Obama zur Stilikone gekürt. Sie ist beim Empfang durch Papst Franziskus ebenso zu sehen wie bei Preisverleihungen. Die britische Queen sowie das US-Präsidentenpaar George und Barbara Bush zeichneten sie für ihre Bildungsinitiativen aus.

Die wichtigste Einrichtung Bint Nassers ist die Arab Democratic Foundation, die über ein beachtliches Budget verfügt. Mit der „Education City“, in der auch eine autonome Universität für 2.000 Studierende aus Katar und aller Welt errichtet wurde, will man sich international vernetzen und den Stellenwert von Bildung in Katar aufwerten. Die Lehrpläne sind autonom, der Campus wirkt in Doha wie ein Fremdkörper, heißt es. Es gibt aber auch kritische Stimmen zum Fond, wonach es Verbindungen zu Hasspredigern wie Youssef al-Qaradawi, einem Vordenker der Muslimbruderschaft, gibt. Er hetzt in seinen Reden gegen Juden, ruft zur Ermordung von Staatschefs und Muslime zur Eroberung der Welt auf. Das Middle East Media Research Institute (MEMRI) hat einige Aktivitäten und Zitate dokumentiert. Vergangenes Jahr soll Bint Nasser den 93-jährigen al-Qaradawi zum Rückzug aufgefordert haben, der inzwischen auch erfolgte. Für sie bedeutet ihr Engagement eine Gratwanderung, in vielerlei Hinsicht. (red)

# WIR HABEN DAS WISSEN

Es ist nicht zu spät, sagt die brasilianische Sprecherin der Indigenen, Sonia Guajajara. Wir können den Planeten retten, mit dem Wissen unserer Vorahnen.

**E**in Meilenstein für den Schutz der Natur: Im Jahr 2016 erklärte der Internationale Strafgerichtshof, dass er seine Kompetenzen neben Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit auf den Umweltschutz ausweiten werde, und zwar für eine „unzulässige Ausbeutung natürlicher Ressourcen“. Wer weiß, vielleicht ist Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro bald ein Kandidat, schon kurz nach seinem Amtsantritt kündigte er an, Schutzgebiete und Territorien der indigenen Bevölkerung für die wirtschaftliche Nutzung freizugeben. Zu prüfen wird sein, ob die Tausenden Brände, die im August im Regenwald loderten, für solche Interessen gelegt wurden. Mit Sonia Guajajara hat der rechtskonservative Politiker Bolsonaro zumindest auf der symbolischen Ebene eine wirkungsmächtige Gegenspielerin. Die 45-jährige Brasilianerin, selbst im Regenwald im nordöstlichen Bundesstaat Maranhão geboren, führt eine Bewegung der Indigenen an, die „Articulation of the Indigenous Peoples of Brazil“, die 300 verschiedene ethnische Gruppen des Landes vertritt. Guajajara ist eine der prominentesten indigenen Aktivistinnen Brasiliens, die Bolsonaro scharf kritisiert. Dessen Machismo, der Frauen als Objekte ansieht, und dessen Rassismus, der über den institutionellen Rassismus insofern hinausgeht, als er es gesellschaftlich legitimiert, anders über Indigene zu sprechen. „Früher wurden wir in der Gesellschaft ignoriert, so, als wären wir gar nicht vorhanden“, sagt Guajajara. Heute werde aber Stimmung gemacht, die sich auch in Gewalt entlädt. 2016 wurden 118 indigene Menschen ermordet, entweder aus rassistischen Motiven, die von der Re-



Wir müssen die Werte der Indigenen propagieren, ihnen erlauben, ihre Traditionen zu leben, in Abstimmung mit der Wirtschaft.

gierung geschürt werden. Guajajara spricht von einem regelrechten Hate-Movement über Social Media, das 30 Jahre Kampf für die Rechte der Indigenen innerhalb eines halben Jahres fast zunichte machen würde. Oder es geht um die illegale Landnahme, für die Menschen getötet oder vertrieben werden, um Geschäfte der Agrarkonzerne, der Rinderfarmen und der Bauindustrie. „Der Präsident produziert so viele Verluste“, sagt die dreifache Mutter, „dass man noch gar nicht abschätzen kann, wohin das führt.“ Ein Konflikt, von dem Europa sich nicht distanzieren kann. Die Soja-Futtermittel für die Rinderzucht sind ein massiver Faktor, „Soja frisst Regenwald“ (Global 2000), das weiß heute jede/r. Während der Bedarf für Sojamilch und Sojaprodukte etwa in Österreich produziert wird, müs-

sen die enormen Futtermengen für die Fleischindustrie importiert werden. Zwischen 2000 und 2010 verschwand eine Fläche Regenwald, die zweieinhalb mal so groß wie Österreich ist.

Eine Million von über 200 Millionen Menschen in Brasilien gehören indigenen Minderheiten an. Seit Bolsonaros Antritt wurden ihre Schutzgebiete dem Landwirtschaftsministerium unterstellt, ein klassischer Interessenskonflikt, in dem letztlich die Interessen der Wirtschaft deutlich stärker gewichtet sind. Das verhält sich ähnlich wie in einem Ministerium, das Umwelt und Landwirtschaft gleichermaßen vertritt. Theoretisch klingt das nicht un schlüssig, in der Praxis hat die Umwelt aber dann doch deutlich weniger Gewicht. In Brasilien heißt das etwa, dass über die Grenzziehungen der Territorien der Indigenen nun das Landwirtschaftsministerium entscheidet. Dabei geht es nicht nur um Umweltschutz und ökonomische Interessen, sondern um wertvollen Lebensraum. Sonja Guajajara sagt, „Für uns ist das Leben untrennbar mit der Natur verbunden. Wir haben über viele Generationen hinweg ein Wissen über die Natur, das niemand sonst hat.“ Tatsächlich wurde durch die Industrialisierung der Landwirtschaft seit den Sechziger Jahren viel Wissen verschüttet, das der ökologische Landbau wieder rekonstruiert. 2017 hat die US-amerikanische R&B-Sängerin Alicia Keys bei ihrem Konzert in Rio Sonja Guajajara auf die Bühne geholt. Für ihre kraftvolle Botschaft wurde sie vom Publikum gefeiert. Guajajara sagt, es ist nicht zu spät, wir können den Planeten retten. „Wir brauchen nicht auf die Rückkehr der Apokalypse warten, wir können etwas tun, mit der Hilfe der Indigenen.“ (red)

# HABEN RECHTENS GEHANDELT

Sie hat als Kapitänin Eisbrecher im Polarmeer gelenkt und Menschen vor dem Ertrinken im Mittelmeer gerettet. Carola Rackete wurde zur Symbolfigur einer humanitären Mission.

**I**m Polarmeer manövrierte sie als Kapitänin Eisbrecher, die mehrere Meter dicke Eisschichten durchbrachen. Über das Satellitentelefon berichtete sie ihren Eltern live von ihrer riskanten Mission. Vater Ekkehart, ein ehemaliger Zeitsoldat und Mitarbeiter der „wehrtechnischen Industrie“ sagt dazu: „Sie steht für das, was sie für richtig hält. Natürlich macht es einen stolz.“ Der Spiegel titelte „Heldin und Hassfigur“ und stilisierte die 31-jährige Kapitänin des Rettungsschiffes „Sea-Watch 3“ zur Gegenspielerin von Italiens Innenminister Matteo Salvini. In Interviews erweist sich die Frau aus Schleswig-Holstein als nüchtern denkende Person, die es gewöhnt ist, Verantwortung zu übernehmen. Auf das Rettungsschiff der Sea Watch habe sie nicht gedrängt, schreibt sie in einem Buch, sondern den Job übernommen, sofern sich keine besser qualifizierte Person fände. Und weiter: Tatsächlich gab es niemand, der „gleichzeitig blöd oder verrückt genug war, die Verantwortung für einen Einsatz zu übernehmen, den man weder kennt noch einschätzen kann.“

## Absurde Logik

Das Mittelmeer ist zur politischen Kampfzone geworden. Ex-Kanzler Sebastian Kurz erklärte im Dezember vergangenen Jahres, die Mittelmeerroute für „de facto geschlossen“, sprach von „NGO-Wahnsinn“ und teilte die Linie Salvinis. Italiens Parlament beschloss vor wenigen Monaten Strafen von bis zu einer Million Euro für Kapitäne, die Menschen aus Seenot retten. Wer Widerstand gegen Beamte leistet, die Rettungsschiffe stoppen wollen, dem drohen bis zu zehn Jahre Gefängnis. Präsident Sergio Mat-



Rackete: "Sie steht für das, was sie für richtig hält", sagt ihr Vater Ekkehart.

tarella muss allerdings noch unterschreiben. Das UNHCR übte scharfe Kritik an dem Gestzesvorhaben. In Europa fand ein Kurs wie dieser eine Zeitlang beachtlichen Zuspruch. Die von rechten Populisten vertretene These, wonach Hilfsschiffe wie ein Mag-

**"WIR HABEN UNS AN DAS  
MARITIME GESETZ,  
MENSCHEN IN SEENOT ZU  
RETTEN, GEHALTEN."**

net wirken, bestätigte sich jedoch nicht. Die Flüchtlingszahlen gingen zwar zurück, aber die Anzahl der ertrunkenen Menschen erhöhte sich auf das Dreifache. Carola Rackete hält diese Logik für absurd und meint in einem Standard-Interview: "Das wäre ja so, als würde man behaupten, je weniger Personal es bei der Bergrettung gibt, desto weniger Unfälle gibt es am Berg." Zudem plädiert sie dafür, mit Zahlen vorsichtig umzugehen. Niemand wisse, so Rackete, wie viele Menschen in libyschen Lagern gestorben seien. Tatsächlich stecken geschätzte 500.000 Men-

schen in dem bürgerkriegszerrütteten Land fest. In jüngster Zeit vernimmt man aber auch andere Töne. Die deutsche Regierung fordert eine neue staatliche Seenotrettungsmission im Mittelmeer, so wie es sie vor Jahren mit der EU-Operation „Sophia“ gab. Während weiter über Verteilungsschlüssel gestritten wird, soll zumindest im Mittelmeer wieder eine Hilfsmission anlaufen.

## Europas Verantwortung

Indes wurde Rackete vom Vorwurf freigesprochen, ohne Erlaubnis in italienische Hoheitsgewässer eingefahren zu sein. Wegen der Beihilfe zur illegalen Einwanderung und wegen des Widerstandes gegen Beamte wird weiter ermittelt. Das Verfahren läuft im sizilianischen Agrigent, wo Rackete bei den Vernehmungen ihre Sicht der Dinge erklären kann: „Ich bin überzeugt davon, dass wir rechtens gehandelt haben. Wir haben uns an das maritime Gesetz, Menschen in Seenot zu retten, gehalten.“ Rackete sieht auch Europa in der Verantwortung, das Afrika ausbeutet und Menschen die Lebensgrundlage entziehe. Die Klimafucht würde die Verhältnisse weiter verschärfen. Ein Anwalt Racketes erklärte inzwischen, dass sie nicht mehr Teil des Sea-Watch-Teams sei und nach Deutschland zurückkehre, um sich neuen Aufgaben zu widmen. Das Schiff „Sea Watch 3“ liegt nach wie vor angekettet in Sizilien. Weniger Öffentlichkeit hat eine Kollegin Racketes, Pia Klemp, die zuvor ebenfalls die Sea Watch 3 lenkte. Der 35-jährigen Kapitänin aus Bonn drohen bis zu 20 Jahre Haft wegen Beihilfe zur illegalen Einwanderung. Klemp hält dem entgegen, dass sie mit ihren sechs Einsätzen rund 5.000 Menschen das Leben gerettet hat. (red)

# WENN DER RECHTS- STAAT VERSAGT

In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Aktivistinnen ermordet, die sich für Menschenrechte eingesetzt hatten. Kaum ein Fall wurde aufgeklärt.

**W**er sich für Menschenrechte, Demokratie und Umwelt einsetzt, lebt in weiten Teilen dieser Welt gefährlich. Laut Kinderhilfswerk „Terre des hommes“ wurden im vergangenen Jahr 321 MenschenrechtlerInnen ermordet. Man könnte meinen, dass die Morde sich vor allem auf kriegführende Staaten oder Diktaturen beschränken. Keineswegs, wie gerade die letzten Jahre zeigten. Im Oktober 2017 wurde in Malta die Journalistin Daphne Caruana Galizia durch eine Autobombe getötet. Sie war Kolumnistin der Sunday Times und betrieb einen der meistgelesenen Blogs Maltas. Im Zuge der Affäre um die Panama Papers und Steueroasen deckte die studierte Archäologin u.a. Verwicklungen von Regierungsmitgliedern auf, das Polit-Magazin „Politico“ bezeichnete sie gar als „One-Woman-WikiLeaks“. Zuletzt recherchierte Galizia auch Geschäfte des Chefs der Nationalistischen Partei Maltas und von dessen Geschäftspartner. Der Mord an Galizia ist bis heute nicht aufgeklärt. Bereits zehn Jahre liegt der Tod der russischen Historikerin Natalja Chussainowna Estemirowa zurück. Die Lehrerin und Tochter einer Tschetschenin lebte in Grosny, wo sie als Mitarbeiterin der NGO „Memorial“ massive Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien aufzeigte. 2005 verließ ihr das Europäische Parlament die Robert-Schumann-Medaille. Im Juli 2009 fand man ihren Leichnam in der Nachbarrepublik Inguschetien am Waldrand. Der Verdacht, dass Tschetscheniens Präsident Ramsan Kadyrow hinter dem Mord steht, konnte nie bestätigt werden. Trotz der Beteuerungen Moskaus, den Fall aufzuklären zu wollen, bleiben die Täter auch zehn Jahre später unbekannt.



Salwa Bugaighis: Gaddafi-Kritikerin und Anwältin, wurde 2014 in ihrem Haus erschossen.

## Polizei und Politik

Morde wie diese lassen sich als Indikator für die Integrität staatlicher Regierungen lesen. Wo die Demokratie geschwächt ist und es an Kontrolle mangelt, wird engagiertes Handeln zunehmend prekär. Der

## „WARUM ERMUTIGEN WIR MENSCHEN ZU SOZIALEM ENGAGEMENT, WENN WIR SIE DANN NICHT SCHÜTZEN?“

Verfall des Staatswesens in Mexiko ist ein Paradebeispiel dafür. In Mexiko war Miriam Rodríguez Martínez landesweit bekannt für ihr Engagement bei der Suche nach verschleppten Personen. Der Krieg der Narco-Banden, deren Verflechtungen tief in die Verwaltung, die Polizei und die Politik führen, forderte bis heute zehntausende Tote. Im Jahr 2012 war Rodríguez' Tochter Karen Salinas 2012 entführt worden, ihre Leiche fand sie schließlich zwei Jahre später im Bundesstaat Tamaulipas. In der Stadt San Fernando, die 2010 durch das Massa-

ker an 72 MigrantInnen traurige Berühmtheit erlangt hatte. Mutig führte Martínez ihre Recherchen fort, trotz Morddrohungen, bewirkte die Verhaftung mehrerer Personen, bis sie im Mai 2017 in Ciudad Victoria selbst einem Attentat zum Opfer fiel. Sie wurde ein landesweites Symbol für das Versagen eines ganzen politischen Systems. Weit entfernt von einem funktionierenden Staat ist Libyen, seit dem Sturz von Muammar al-Gaddafi beherrschen Milizen das Land. Die libysche Menschenrechtsanwältin Salwa Bugaighis vertrat schon lange politische Gefangene, engagierte sich für zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen und hatte in ihrer Geburtsstadt Bengasi noch zu Gaddafis Zeiten Demonstrationen organisiert. Nach dessen Sturz 2011 war Bugaighis Mitglied des Nationalen Übergangsrates, trat aber nach wenigen Monaten zurück, weil es keine Frauen in der Regierung und kaum demokratische Standards gab. Im Juni 2014 wurde sie in ihrem Haus erschossen, die Täter und Hintermänner blieben unbekannt. In den Straßen von Bengasi kam es spontan zu Protesten. Einer der schrecklichsten Formen der Gewalt gegen Frauen und Aktivistinnen fiel die Ukrainerin Katja Handsjuk im November 2018 zum Opfer. Die 33-jährige hatte sich als Civil-Rights-Aktivistin gegen Korruption und die Gewalt der Sicherheitskräfte eingesetzt. Sie starb an den Folgen eines Säureattentats, das die Täter für ein paar Hundert Dollar ausgeführt hatten. Die Drahtzieher blieben unbekannt. Noch wenige Wochen vor ihrem Tod hatte Handsjuk auf Social Media gefragt: „Warum ermutigen wir Menschen zu sozialem Engagement, wenn wir sie dann nicht schützen?“ (red)

## MITBESTIMMUNG

# „Ein Gott, ein Ehepartner, ein Pass?“

1,2 Millionen Menschen leben und arbeiten in Österreich, dürfen aber nicht wählen. Die Zahl steigt kontinuierlich an. Hat die Demokratie ein Problem, wollen wir vom Soziologen Rainer Bauböck und dem Politikwissenschaftler Gerd Valchars wissen.

TEXT: LAURIN LORENZ



Pass Egal Wahl von SOS Mitmensch: Hier dürfen auch die 1,2 Millionen Menschen wählen, die in Österreich seit Jahren ihren Lebensmittelpunkt haben.

**G**eschätzte Österreicherinnen und Österreicher und alle Menschen, die in unserem Land leben“, mit diesen Worten trat Brigitte Bierlein als erste weibliche Bundeskanzlerin der Republik ihr Amt an. Während ihr Vorgänger jede Gelegenheit nutzte, um wahlzukämpfen, war Bierleins stoische Gelassenheit wie Balsam für die von Skandalen zerrütteten Ohren jener Tage. Klar, Bierlein wusste von Anfang an, dass sie keine Wahlen gewinnen muss. Doch am Beginn ihrer Rede versteckte sich noch etwas Erstaunliches: Sie sprach nicht nur das wahlberechtigte Volk

– also alle Österreicherinnen und Österreicher – an, sondern eben auch jene, die keinen österreichischen Pass haben, aber trotzdem hier leben. Bierlein machte in ih-

**„Geschätzte Österreicherinnen und Österreicher und alle Menschen, die in diesem Land leben.“ Brigitte Bierlein**

rer Anrede deutlich, dass auch all die Menschen von „Ibiza“ betroffen sind, die zwar hier leben aber bei den Wahlen nicht mitbestimmen dürfen.

Mittlerweile sind es in Österreich schon 1,2 Millionen Menschen, die „in unserem Land leben“, aber auf dem Papier nicht zu den ÖsterreicherInnen zählen. Sie werden von Jahr zu Jahr mehr. Waren es im Jahr 1999 noch neun Prozent der in Österreich lebenden Menschen, hat sich das Verhältnis in den vergangenen 20 Jahren fast verdoppelt. Bei den Wahlen 2017 waren schon 15 Prozent der möglichen WählerInnen nicht berechtigt, ihre Stimme abzugeben. Obwohl die Bevölkerungszahl in Österreich kontinuierlich steigt, dürfen immer weniger Menschen politisch mitbestimmen.



Hier leben, hier arbeiten, hier Steuern zahlen, aber politisch nicht vertreten sein? Geht gar nicht.

men. Wie kommt es zu solch einer Entwicklung? Und was bedeutet das für unsere Demokratie?

### Nicht wahlberechtigt

Einer, der sich mit dieser Problematik seit Jahren beschäftigt, ist der Soziologe und Migrationsforscher Rainer Bauböck. Er leitet das transnationale Forschungsprojekt GLOBALCIT, das steht für „Global Citizenship Observatory“. Auf einer Online-Karte finden sich Informationen zu Staatsbürgerschaft und Wahlrecht aus allen Ländern der Welt. Bauböck folgert aus seinen Untersuchungen: „Internationale Migration führt zwangsläufig zu einer Diskrepanz zwischen der Staats- und der Wohnbevölkerung in einem Land“.

Das ist zunächst schnell erklärt: Weil die Staatsbürgerschaft ein lebenslanger Status ist und mit der Geburt erworben wird, nimmt man sie bei einer Auswanderung über die Grenze mit. Wird man in einem anderen Land sesshaft, bekommt man aber nicht automatisch die Staatsbürgerschaft jenes neuen Landes verliehen. Dadurch gibt es viele Menschen, die an ihrem langjährigen Lebensmittelpunkt nicht wahlberechtigt sind, obwohl sie die Politik des Landes meist genauso betrifft.

Auch Sonja Kittel ist eine dieser 1,2 Millionen Menschen, die in Österreich nicht wählen dürfen. Mit acht Jahren ist sie mit ihren Eltern von Deutschland nach Österreich gezogen. Seither lebt sie hier, ist in Niederösterreich zur Schule gegangen und pendelt zur Arbeit nach Wien. Seit mehre-

ren Jahren zahlt sie Steuern, politisch darf sie weder auf Bundes- noch auf Landesebene ihre Stimme abgeben. Da Österreich die doppelte Staatsbürgerschaft verbietet, müsste sie zuerst ihren deutschen Pass abgeben, um Österreicherin zu werden. Das will sie nicht: „Ich fühle mich als Europäerin. Meine Familie lebt noch in Deutschland und viel meiner Identität verorte ich dort“, sagt Sonja. Wie viele MigrantInnen der ersten Generation, will sie die Bindung zu ihrem Geburtsland nicht komplett aufgeben. Wer weiß: Eines Tages möchte sie vielleicht zu ihren Großeltern nach Hessen zurückgehen.

## Gerade in der EU häufig: Wenn die Staatsbürgerschaft dem Lebenslauf gleichsam hinterher hinkt.

### Staatsbürgerschaft: ein veraltetes Konzept?

Sonjas Biographie zeigt, dass die Staatsbürgerschaft ihrem Lebensweg gleichsam hinterherhinkt. Das geht vielen so. Gerade innerhalb der Europäischen Union ist es keine Seltenheit, einen Lebensabschnitt in einem anderen Land zu verbringen, später aber zurückzugehen oder weiterzuziehen. Eine Staatsbürgerschaft kommt mit diesem Tempo nicht mit. Sie haftet den Menschen lebenslang an.

Dies hat auch einen guten Grund: Das internationale Völkerrecht besagt, dass „Staatenlose“ vermieden werden sollen, weil sie schutzlos sind. Gerade die europäischen

## IMPRESSUM

### MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,  
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,  
F +43 1 524 99 00-9,  
redaktion@momagazin.at,  
www.momagazin.at

### REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun), Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo), Karin Wasner (Bilder), PM Hoffmann, Eva Vasari (Illustrationen), Clara Akinyosoye, Eva Maria Bachinger, Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

### AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Eva Maria Bachinger, Gerfried Balzer, Florian Bayer, Muhamed Beganovic, Christian Böhmer, Melisa Erkart, Nour Khelifi, Laurin Lorenz, Alexander Pollak, Bianca Said, Martin Schenk, Zoran Sergievski, Philipp Sonderegger, Kerry Teuber, Brigitte Theißl

### BUSINESS DEVELOPMENT: Magdalena Summereder

### COVERBILD: Paul Lovis Wagner, Sea-Watch.org

### LEKTORAT: Magdalena Summereder

### ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

### LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

### DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

### ANZEIGEN: Katharina Hofmann-Sewera

office@sosmitmensch.at, T +43 1 524 99 00-16

ABOS: Stefanie Humer, abo@momagazin.at  
T +43 1 524 99 00-18

### VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 40.000

### HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

### OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,

für Menschenrechte, Demokratie

und Migration

ZVR: 22747570

### SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: BAWAATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den UrheberInnen. Falls kein/e Urheber/in ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.



Soziologe Bauböck: Konzept der Staatsbürgerschaft wurde nur in eine Richtung adaptiert.



Politologe Valchars: Ein Gott, ein Partner, ein Pass? Eine völlig überkommene Sichtweise.



Sonja Kittel: Lebt seit ihrem 8. Lebensjahr in Österreich – ohne Wahlrecht.

„Staatenlosen“ nach dem Ersten Weltkrieg wurden schnell Opfer von Gewalt, weil sich kein Staat für sie zuständig fühlte. Deshalb ist es nur unter besonderen Umständen möglich, jemanden wieder auszubürgern. Rainer Bauböck ortet das Problem jedoch vielmehr darin, dass sich das Konzept der Staatsbürgerschaft nicht angepasst hat. Österreich habe wie viele andere Staaten durchaus auf Migration reagiert, aber eben nur in Bezug auf die Ausgewanderten. „Während man den Zugang zum Wahlrecht für AuslandsösterreicherInnen erleichtert hat, wurden die Kriterien für die Einbürgerung sukzessive verschärft“, so Bauböck.

### Einwanderungsland Österreich

Gerd Valchars ist Politologe in Wien und analysierte beim GLOBALCIT-Projekt die österreichische Situation. Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern hat Österreich einen der höchsten Anteile von Zuwanderung an der Bevölkerung. Jedoch definiert sich Österreich selbst nicht als Einwanderungsland. Im Gegenteil: Man sei stolz darauf, eines der strengsten Staatsbürgerschaftsgesetze Europas zu haben, so Valchars. Während seiner Forschung gewann er den Eindruck, dass Staatsbürgerschaft hierzulande auf dieselbe Ebene wie Religion oder Partnerschaft gestellt werde. Wie man in einer traditionellen Vorstellung nur einen Gott oder nur einen Partner haben könne, so hält es Österreich auch mit dem Pass: „Das ist eine völlig überkommene Sichtweise, die der heutigen Realität nicht mehr entspricht“, sagt Valchars.

Das Thema Staatsbürgerschaft müsse in Österreich für symbolische Einwanderungspolitik herhalten, sagt Valchars. „Er-schwert man den Zugang zur Staatsbür-

gerschaft, wertet man den Pass zu einem Luxusgut ab, mit dem sich jene, die ihn besitzen, besser als die anderen fühlen können.“

Anders ist das zum Beispiel in Schweden: Seit den 1970er-Jahren hat das skandinavische Land nicht nur viele Gastarbeiter, sondern auch Flüchtlinge empfangen. Auf lokaler Ebene konnten diese Neuan-gekommene schnell wählen, auch der Zugang zur Staatsbürgerschaft wurde erleichtert. Bis heute gibt es in Schweden weder

### Der Pass als Luxusgut: Die, die ihn besitzen, können sich besser fühlen als die anderen. G. Valchars

Sprach- noch Länderkundetests, auch keine Einkommenskriterien bei der Beantragung der Staatsbürgerschaft. Auch die Doppelstaatsbürgerschaft ist erlaubt.

### Reformen, aber welche?

Wie viele Einwanderer müssen zu den 1,2 Millionen also noch dazukommen, dass sich in Österreich etwas bewegt? Das lässt sich so nicht sagen, entgegnet Valchars und Bauböck. Es gebe in einer Demokratie keine klar definierte Schmerzengrenze, die festsetzt, wie viele Nichtwahlberechtigte ein Land verträgt. Allerdings sind die Konsequenzen der aktuellen Entwicklung fatal: Weil jene Menschen ohne österreichische Staatsbürgerschaft tendenziell öfters in Städten leben, jünger und sozial schwächer sind, sind die Wahlberechtigten im Verhältnis zur gesamten Wohnbevölkerung zunehmend überaltert, verländlicht und sozial wohlhabender. Das heißt auch, dass für bestimmte Gruppen weniger Politik gemacht

wird, weil die Wählerschaft nicht die tatsächliche Bevölkerung des Landes widerspiegelt.

Um sich einer modernen Welt, die von Migration und multiplen Identitäten geprägt ist, anzupassen, bräuchte es politische Reformen. Entweder könnte das Wahlrecht von der Staatsbürgerschaft entkoppelt werden. Dafür wäre eine Verfassungsmehrheit im Nationalrat notwendig. Oder der Zugang zur Staatsbürgerschaft wird erleichtert. Das wäre auch mit einer einfachen Mehrheit möglich. Die Bundesparteien behandeln das Thema aber bisher nur stiefmütterlich.

### Der Pass ist egal

Auch Sonja war von Bierleins Antrittsrede überrascht. Bisher habe sie noch keinen Bundeskanzler gehört, der auch die hier lebenden Menschen ohne österreichischen Pass direkt ansprach.

Über SOS Mitmensch ist Sonja an der „Pass Egal Wahl“ beteiligt. Fünf Tage vor der Nationalratswahl werden eigene Wahllokale eröffnet, in denen Menschen, die in Österreich leben, aber keinen österreichischen Pass haben, ihre Stimme abgeben können. Selbst die Briefwahl ist möglich!

Auf die letzte „Pass Egal Wahl“ vor zwei Jahren hat sich Sonja mit ihrer Schwester und ihrer Mutter vorbereitet. „Es war schön zu sehen, dass meine Stimme zählte, auch wenn es nur eine symbolische Geste war“, sagt sie. „Als wir entschieden zur Wahl zu gehen, diskutierten wir plötzlich viel intensiver über die einzelnen Parteiprogramme.“ Sonja fordert von der Politik, sich für ein Wahlrecht für alle, die hier in Österreich leben, einzusetzen. Der jetzige Zustand sei einer modernen Demokratie unwürdig, findet sie.

## BUNDESBETREUUNG NEU

# Man will die Zivilgesellschaft aussperren

Ab 2021 sollen neben der Grundversorgung und Unterbringung von Schutzsuchenden auch die Asylrechts- und Rückkehrberatung in die Hände des Bundes wandern. Kritiker sehen den Rechtsstaat in Gefahr, wenn das Innenministerium über Anfechtungen seiner eigenen Bescheide berät.

TEXT: FLORIAN BAYER

**N**ur einen Tag bevor das Ibiza-Video an die Öffentlichkeit kam, beschloss der Nationalrat am 16. Mai das sperrig klingende „Bundesgesetz über die Errichtung der Bundesagentur für Betreuungs- und Unterstützungsleistungen“ (BBU). Damit sollen große Teile des Flüchtlingswesens, etwa die Grundversorgung, die Unterbringung sowie die Rechts- und die Rückkehrberatung in eine staatliche Behörde überführt werden. Läuft alles nach Plan, soll sie spätestens ab 2021 die bisherigen Leistungsträger ersetzen. Das sind u.a. die ORS Service GmbH, die mit der Grund-

**42 Prozent aller angefochtenen Entscheidungen, die das Bundesamt für Asyl in erster Instanz trifft, sind mangelhaft.**

versorgung für geflüchtete Menschen beauftragt war, sowie die sozialen Hilfsorganisationen Diakonie und Volkshilfe, und auch der Verein Menschenrechte Österreich, der in der Beratung aktiv ist. Die Verstaatlichung des Asylwesens argumentierte die schwarzblaue Regierung damit, dass sie das „System Bundesbetreuung“ effizienter gestalten und eine „objektive Rechtsberatung“ gewährleisten wolle.

Die Regierungspläne, einen sensiblen Bereich wie den der Asylfrage unter ministerielle Aufsicht zu stellen, sorgten für einige Unruhe in der Zivilgesellschaft. Ein Minister, der Erstaufnahmезentren in „Ausreisезentren“ umbenennen ließ, wäre gegen-



NGOs wie Diakonie und Volkshilfe leisten wichtige Dienste: sie beraten, begleiten, bieten Rechtshilfe.



Im Asylbereich geht es um existenzielle Fragen für die Betroffenen.

über der neu geschaffenen Bundesagentur weisungsbefugt und würde damit auch die Richtung des Unternehmens vorgeben. Mit dem vorzeitigen Ende von Schwarzblau ist vorerst auch die Umsetzung der Bundesagentur ins Stocken geraten. Die Verträge mit den NGOs laufen noch bis 2021, was aber vor allem damit zu tun hat, dass das Justizministerium von den Plänen des Innenministeriums wenig überzeugt war und das Projekt aufschob.

### Objektivität schwer vorstellbar

Dass die neue Agentur für Objektivität sorgen würde, halten zahlreiche KritikerInnen indes für wenig glaubwürdig. Sie befürchten, dass diese mit der neuen Regelung vielmehr abgeschafft wird: „Wie kann jemand, der beim Innenministerium tätig ist, eine unabhängige Rechtsberatung leisten?“, fragt Christoph Riedl, der als Experte für Asyl, Integration und Menschenrechte bei der Diakonie arbeitet. „Selbst wenn die neue Behörde ausgelagert ist, untersteht sie dem Ministerium, das über die Besetzung des Aufsichtsrats und der Ge-

schäftsführung auch die Ausrichtung der Stelle bestimmen kann“, so Riedl. Die Diakonie bildet gemeinsam mit der Volkshilfe Oberösterreich die ARGE Rechtsberatung, die gemeinsam mit dem Verein Menschenrechte Österreich die amtswegig zugeteilte Rechtsberatung in asyl- und fremden-

### „Wie kann jemand, der beim Innenministerium tätig ist, eine unabhängige Rechtsberatung leisten?“ C. Riedl

polizeilichen Verfahren durchführt. Ihre Aufgaben sind vielfältig: sie informieren die Schutzsuchenden, klären deren Perspektive auf Asyl bzw. subsidiären Schutz, sie begleiten sie bei der Einvernahme und bei den Verhandlungen und sie bieten eine rechtliche Vertretung bei der Anfechtung von Erstbescheiden. Gerade das ist besonders wichtig, denn im Asylbereich, in dem es um existenzielle Fragen für die Betroffenen geht, gibt es kaum Rechtssicherheit. 42 Prozent aller angefochtenen Entscheidungen, die das Bundesamt für Fremden-

wesen und Asyl (BFA) in der Erstinstanz trifft, sind mangelhaft. Das heißt, dass nahezu jeder zweite Bescheid abgeändert oder aufgehoben wird. Dies zeigte kürzlich eine parlamentarische Anfrage der NEOS auf. Bricht man diese Zahlen auf einzelne Nationalitäten herunter, ist das Ergebnis nochmal erschreckender: 2017 lag die Zahl der aufgehobenen Bescheide bei Afghanen bei 66 Prozent, derzeit liegen sie mit 54 Prozent immer noch deutlich über dem Durchschnitt. Auch bei Menschen aus Somalia und Syrien ist die Fehlerquote überdurchschnittlich hoch. Warum ausgerechnet bei diesen Gruppen? Riedl glaubt nicht an einen Zufall: „Das BFA ist eine weisungsgebundene Behörde des Innenministeriums. Natürlich sind dortige Entscheidungen politische Entscheidungen.“

Dem beschlossenen BBU-Gesetz kann auch Silvia Zechmeister wenig abgewinnen. Die Bereichsleiterin für „Soziale Arbeit“ bei der Volkshilfe Wien hält es für „außerordentlich wichtig, dass Asylwerber Zugang zur Zivilgesellschaft haben und sich nicht nur im abgeschotteten System einer Bundes-

behörde bewegen. In einer zentralen Stelle hat das Ministerium die absolute Kontrolle und volles Durchgriffsrecht.“ Auch eine Ersparnis, mit der die neue Bundesagentur begründet wird, kann Zechmeister nicht erkennen. Sie rechnet im Gegenteil mit höheren Kosten als jetzt.

Auch Christoph Riedl geht davon aus, dass eine verstaatlichte Stelle mindestens so teuer kommt wie die aktuelle Variante. Wohl auch deshalb, weil die NGOs derzeit ohnehin mit moderaten Beträgen vergütet werden, die die Kosten bei weitem nicht decken. So würden in der Wohnungshilfe deutlich höhere Tagessätze für die Unterbringung bezahlt (23 bis 35 Euro pro Kopf und Tag), als in der Unterbringung von Flüchtlingen (aktuell: 21 Euro). Der Unterschied sei symptomatisch für den Stellenwert, den die Regierung dem Asylwesen beimesse, sagt Zechmeister.

### Beschlüsse ohne Diskussion

Nicht grundsätzlich negativ sieht Günther Ecker, Leiter des Vereins Menschenrechte Österreichs, die BBU: „In der Bevölkerung gab es 2015 und 2016 das Gefühl eines Kontrollverlusts, weswegen es nachvollziehbar ist, dass die Regierung eine stärkere Kontrolle über Flucht und Migration haben möchte.“ Während Ecker der geplanten Unterbringung durch den Bund durchaus etwas abgewinnen kann, versteht er die Bedenken bezüglich Rechts- und Rückkehrberatung. Wie Zechmeister und Riedl kann auch er dem Argument einer Kostenersparnis nichts abgewinnen: „Bereits bei der Privatisierung wurde argumentiert, damit werde alles effizienter und billiger. Nun, 16 Jahre später, ist angeblich wieder das Gegenteil billiger. Da stimmt etwas nicht.“ Generell vermisst Ecker eine dem Gesetzesbeschluss vorangegangene Debatte, insbesondere zu den behaupteten Mängeln bei der Rechtsberatung und wie diese auch ohne eine Verstaatlichung verbessert werden können. „So eine Diskussion gab es aber nicht.“ Diskutiert wurde auch die Verstaatlichung der Rückkehrberatung in Österreich nicht, diese sei ursprünglich auch gar nicht in Kritik gestanden. Sie bringe im Europavergleich mit den privaten Trägern Caritas und dem Verein Menschenrechte Österreich sehr gute Ergebnisse, so Ecker: „Mir ist kein anderes Land bekannt, in dem unabhängige NGOs eine derart gut aufgestellte Rechts- und Rückkehrberatung bieten wie in Österreich.“



C. Riedl, Diakonie: Im Asylbereich gibt es kaum Rechtssicherheit.



S. Zechmeister, Volkshilfe Wien: Sie rechnet mit höheren Kosten bei der Betreuung als jetzt.

### Zu viele Fehlentscheide

Inzwischen hat sich die Lage insofern entspannt, als dass es bei den Asylverfahren keinen eklatanten Personalmangel mehr gibt. Das war längere Zeit ein Problem, erzählt Christoph Riedl, mittlerweile gäbe es mit rund 1.500 erstinstanzlich entscheidenden MitarbeiterInnen aber deutlich mehr Personal, als in Zeiten sinkender Asylanträge nötig wäre. Diesem fehle es aber mitunter an den nötigen Qualifikationen, glaubt Riedl, der das an den vielen Fehlentscheiden festmacht: „Das Ziel muss sein, schon in der ersten Instanz möglichst viele richtige Entscheidungen zu treffen. Wobei natürlich auch eine

**„Es ist außerordentlich wichtig, dass Asylwerber Zugang zur Zivilgesellschaft haben.“**

**S. Zechmeister**

negative Entscheidung ‚richtig‘ sein kann, wenn sie gut begründet ist und einer Überprüfung standhält.“ Grund für die Fehlentscheide sind zumeist mangelhafte Ermittlungsverfahren, sodass das Berufungsgericht den Fall von Grund auf neu aufrollen muss. Die Fehlerquote müsse von derzeit über 40 auf deutlich unter zehn Prozent sinken, fordert Riedl: „Dann – aber auch nur dann – würde auch das politische Ziel von weniger Beschwerden erreicht.“ Voraussetzung dafür wäre eine unabhängige Rechtsberatung, quasi als Korrektiv und Ergänzung zu korrekt arbeitenden Behörden.

Ganz wesentlich ist, und darin sind sich alle drei befragten Organisationen einig, dass

der Zugang zur Rechtsberatung und Vertretung vor Gericht frei und kostenlos bleiben muss. Die Diakonie betont auch eine österreichische Besonderheit: Dass der Rechtsvertreter auf Wunsch des Asylwerbers auch dann eine Beschwerde schreiben muss, wenn er von deren Erfolgsaussicht nicht überzeugt ist. In den meisten anderen europäischen Asylsystemen ist das nicht so. „Aber selbst in diesen Ländern muss die Entscheidung auf Aussichtsreichtum einer Überprüfung durch ein unabhängiges Gericht Stand halten“, sagt Riedl. Kein dem Ministerium unterstellter Rechtsberater könne diese Entscheidung treffen. Wenn aber in der zentralen Bundesagentur von vornherein Asylsuchenden eine Beschwerde ausgedrückt würde, wäre das ein Bruch des geltenden europäischen Asylrechts, ist sich Riedl sicher. Wie also wird es weitergehen? Im Moment deutet viel darauf hin, dass das Bundesagentur-Gesetz so umgesetzt wird wie beschlossen, dass also ab 2021 die geplante Bundesagentur ein Monopol auf die Betreuung, Rechts- und Rückkehrberatung von Asylwerbern haben wird. Die derzeitige Übergangsregierung wird dieses heiße Eisen vor den Neuwahlen Ende September eher nicht mehr anpacken. Riedl: „Wir und ein Gutteil der Zivilgesellschaft werden jedenfalls nach der Wahl darauf drängen, die BBU doch noch zu hinterfragen. Denn das Gesetz verfolgt ein Gesamtkonzept. Es geht ja nicht nur um die Rechtsberatung, sondern auch darum, die Zugänge zu den Betroffenen zu kappen. Man will die Zivilgesellschaft ausperren.“

## BILANZ

# Der Nicht-Minister

Unterm Strich hat Herbert Kickl als Minister atmosphärisch sehr vieles zum Schlechteren verändert. Weil er oft aufwiegelte und selten verbindend auftrat; weil er zu oft angriff statt verstehend zuzuhören. Was ist inhaltlich von seiner Amtszeit geblieben?

KOMMENTAR: CHRISTIAN BÖHMER

**B**estückt mit Schraubenschlüsseln und einer Stehleiter rückten am Morgen des 23. Mai Aktivisten beim Flüchtlingserstaufnahmezentrum im niederösterreichischen Traiskirchen an, um etwas Bemerkenswertes zu unternehmen: Mit Hilfe eines Schlossers machten sich die Aktivisten an einem Schild beim Eingang zu schaffen – und demontierten es. „Die Tafel ist eine Dokumentation der Unanständigkeit und Menschenverachtung“, sagte einer der Aktivisten später.

Um zu verstehen, was ihn derart empörte, muss man wissen, was auf dem Schild stand: „Ausreisezentrum“. Auf Flüchtende musste dieser Name irritierend, ja abstoßend wirken. „Über kurz oder lang habt ihr zu verschwinden“, rief das Schild den Hilfesuchenden entgegen.

Kein Geringerer als der Innenminister, Herbert Kickl, hatte sich den Namen Monate zuvor ausbedungen. Es ging für ihn um ein Signal, quasi um eine „Schlagzeile“, wie er sagte. Dass die Tafel unerhört zynisch anmutete, war für Kickl kein Problem. Es war ein kommunikativer Kollateralschaden – und jedenfalls akzeptabel.

Die verhöhnende Traiskirchner Namenstafel steht stellvertretend für vieles, was Herbert Kickl in 17 Monaten als Ressortchef getan, man könnte auch sagen, angerichtet, hat.

Kickl war nie ein tauglicher Innenminister. Allerdings nicht, weil er dies nicht konnte, sondern weil er sich bewusst dazu entschieden hat, es nicht zu sein.

## Machen wir einen Schritt zurück.

Worin bestehen die Herausforderungen und Qualitäten eines Innenministers?

Er oder sie hat 30.000 teils schwer bewaffnete Sicherheitskräfte zu führen. Damit, was der Innenminister sagt und tut, prägt er die Art und Weise, wie seine MitarbeiterInnen im Ressort agieren.

Sind die Aufgaben fordernd? Zweifellos – immerhin geht es nur all zu oft um Leib und Leben, um existenzielle Fragen und Gefahren. Der Innenminister hat demnach sou-

## „Ausreisezentrum“: Dass die Tafel zynisch anmutete, war für Kickl ein kommunikativer Kollateralschaden.

verän und ausgleichend zu agieren und jene Regeln und Werte zu verteidigen, die die Gesellschaft im Innersten zusammenhalten.

Herbert Kickl, und damit ist man beim Kern des Problems, wusste all das – und hat sich trotzdem dagegen entschieden.

## Woran kann man das festmachen?

Am deutlichsten wohl an seiner Rhetorik: Sie blieb auch in der Regierungsfunktion so aggressiv und angrifflig, als wäre Kickl weiterhin Generalsekretär der Freiheitlichen.

Wer seine Asyl- oder Zuwanderungspolitik kritisierte, dem begegnete er nicht mit Zahlen oder trockenen Argumenten, nein: Vorzugsweise antwortete der kühle Rhetoriker mit emotionalen und abwertenden Phrasen.

„Gefühlsduselei“ war so ein Begriff, den er für die bereithielt, die seine Migrations- und Asylpolitik kritisierten.

Doch es waren beileibe nicht nur die abschätzigen Phrasen, die mit dazu beigetragen hat, dass Herbert Kickl im Vertrauensindex von APA und OGM verlässlich auf den hintersten Plätzen firmiert. Einen Gutteil seiner Ablehnung verdankt der freiheitliche Provokateur dem Umstand, dass er selbst Grundwerte in Frage stellte, die verantwortungsvolle Politiker nur im Ausnahmefall, verantwortungsvolle Innenminister aber auf gar keinen Fall zur Disposition stellen dürfen.

Die Menschenrechtskonvention war so etwas.

Während es über Jahrzehnte hinweg de facto zum innenpolitischen Konsens gehörte, dass man auf diese, in der Verfassung verankerte Zusammenschau der wesentlichen Grundrechte zu Recht stolz war und diese mit Verve verteidigte, verstieg sich Kickl zu der Aussagen, man könne und müsse die Menschenrechtskonvention überdenken und auch überarbeiten.

Dass er damit eigentlich nicht verhandelbare Gebote wie das Recht auf Leben, Bildung oder Religionsfreiheit, ja den Grundkonsens der Zweiten Republik in Frage stellte, war Kickl in diesem Fall egal.

Er selbst würde genau das wohl brüsk in Abrede stellen.

In der Welt des Herbert Kickl reizen vermeintliche Flüchtlinge die juristischen Möglichkeiten unserer Rechtsordnung in



Sachlichkeit war nie seine Sache. Herbert Kickl führte auch als Innenminister seine Oppositionsrhetorik fort, statt Sicherheit zu vermitteln.

einem Maße aus, dass sich diese teils selbst ad absurdum führt.

Doch selbst wenn das stimmen sollte, selbst wenn Flüchtlinge unsere Rechtsordnung im Einzelfall mitunter über Gebühr strapazieren: Herbert Kickl ist der Falsche, um auf diesem Terrain eine sachliche Debatte zu führen.

Denn Sachlichkeit war nie seine Sache. Wer selbst als Minister von der Regierungsbank noch gegen Abgeordnete äzt und vor Rechtsextremen lächelnd erklärt, dass ihm dieses Publikum beileibe besser gefalle als mancher Zuhörer im Parlament,

der darf für sich nicht in Anspruch nehmen, dass man ihm abnimmt, ihm gehe es um juristische Grundsatzprobleme oder Fragen.

Unterm Strich hat Herbert Kickl als Minister atmosphärisch sehr vieles zum Schlechteren verändert.

Weil er oft aufwiegelte und selten verbindend auftrat; weil er zu oft angriff statt verstehend zuzuhören.

Was ist inhaltlich von seiner Amtszeit geblieben?

Um es kurz zu machen: Die Liste auf der „Haben-Seite“ ist überschaubar.

Als erster Punkt ist unweigerlich die Affäre um den Verfassungsschutz, kurz BVT, zu nennen.

Selbst wenn man Kickls Rolle ausnehmend wohlwollend, weil strikt auf die Frage hin betrachtet, ob er seiner Rolle als Krisenmanager gerecht geworden ist, muss man festhalten: Gelingen ist hier wenig bis gar nichts. Das Ministerium hat durch den Monate währenden Konflikt – einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss inklusive – nicht nur Schaden genommen. Es ist zudem nicht absehbar, wie viele Jahre es dauert, ehe sich befreundete Nachrichtendienste aus dem Ausland wieder dazu durchringen, mit den Österreichern umfassend Informationen zu teilen.

### **Bis auf ein verschärftes Asylrecht und mehr Abschiebungen waren keine großen Reformen zu verzeichnen.**

Eines von Herbert Kickls ausgewiesenen Leuchtturm-Projekten, die berittene Polizei, wird angesichts von fehlenden Pferden, Personalproblemen und einer eher ungünstigen Kosten/Nutzen-Rechnung vom nächsten Ressortchef über kurz oder lang wohl eingestellt.

Und bis auf einige Verschärfungen im Asylrecht und eine erhöhte Anzahl an Abschiebungen waren in der Ära Kickl keine großen Reformen in der Exekutive zu verzeichnen.

Seine inhaltlichen oder politischen Errungenschaften sind es also nicht, die Herbert Kickl einen herausragenden Platz in der jüngeren Zeitgeschichte verschaffen werden.

Allerdings gibt es eine andere, unfreiwillige Premiere, die dafür sorgen könnte. Denn in der Zweiten Republik war der 50-jährige Kärntner der erste Bundesminister, der vom Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundeskanzlers entlassen wurde. Das ist alles andere als eine Leistung. Im Falle des Herbert Kickls ist es aber irgendwie passend.



## INTERVIEW

# Das wichtigste ist, optimistisch zu sein

„Ich hoffe, dass der Spuk der FPÖ als Regierungspartner für die nächsten zehn bis 20 Jahre Vergangenheit ist“, sagt Oskar Deutsch, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde. Ein Gespräch über die Vielfältigkeit der jüdischen Gemeinde, alten und neuen Antisemitismus und das Verhältnis zur muslimischen Gemeinde.

INTERVIEW: ALEXANDER POLLAK, GUNNAR LANDSGESELL  
FOTOS: KARIN WASNER

**Wie geht es der jüdischen Gemeinde in Wien, insbesondere nach einer Regierung, die sich immer wieder auch von antisemitischen Äußerungen distanzieren musste? Man denke an den Liederbuch-Skandal, an die antisemitische Karikatur auf Straches Facebook-Seite, an die Gerüchte, die über George Soros verbreitet wurden.**

Ja schon, man muss sagen, dass Antisemitismus nicht nur in Österreich steigt, sondern in ganz Europa, auch in den USA. Den Vorfällen in der FPÖ wurde nicht so viel Aufmerksamkeit gegeben, als sie in der Opposition war. Sie wurden auch nicht für so gefährlich gehalten. Aber wenn man einen Herbert Kickl im Innenministerium hat, der – zusammen mit dem Justizminister – für die Aufklärung dieser Fälle zuständig ist, dann ist es natürlich eine schwierige Angelegenheit.

**Auf welche Weise registrieren Sie steigenden Antisemitismus? Werden Ihnen innerhalb der Gemeinde mehr Vorfälle berichtet?**

Das ist eine gute Frage. Wir haben noch immer das Problem, dass es Mitglieder der jüdischen Gemeinde gibt, die antisemitische Vorkommnisse nicht melden. Die Dunkelziffer ist sicher viel höher als das, was wir erfahren. Aber antisemitische Vorfälle haben nicht nur mit der FPÖ zu tun. Es gibt den traditionellen Antisemitismus

von rechts, es gibt den der Linken, der oft gegen Israel oder anti-globalistisch ausgerichtet ist, und es gibt den islamischen Antisemitismus. Flüchtlinge, denen das in den arabischen Ländern eingetrichtert wurde, sind ein Thema. Wir erleben aber auch einen relativ neuen Antisemitismus durch muslimische Bürger in der zweiten und dritten Generation. Deren Eltern haben sich stets korrekt verhalten, aber unter dem Einfluss von Erdogan kommt es immer wieder zu Vorfällen, etwa bei Demons-

**„Aus welcher Ecke der Antisemitismus kommt, lässt sich nicht immer eindeutig sagen. Letztlich ist es egal für uns.“**

trationen, wo Hakenkreuze zu sehen oder ‚Heil Hitler-Rufe‘ zu hören sind. Aus welcher Ecke der Antisemitismus kommt, lässt sich nicht immer eindeutig sagen. Letztlich ist das aber egal für uns.

**In Deutschland gab es eine Debatte, ob es ein Risiko ist, auf der Straße mit der Kippa zu gehen. In Österreich gibt es diese Debatte bislang nicht.**

Gott sei Dank. Es gibt zwar immer wieder ein paar Vorfälle, aber es ist durch die Kultusgemeinde und von Seiten der Polizei immer sehr viel Personal in den Gegenden anwesend, wo viele Juden wohnen, beten und zur Schule gehen. Dadurch sind sie

beschützt, zum Beispiel im Zweiten Bezirk. Das ist heute so und ich hoffe, dass es lange so bleibt und irgendwann kein Schutz mehr nötig ist. Das wäre das Ziel.

**Hat sich durch die Flüchtlingsbewegungen der vergangenen Jahre etwas konkret verändert? In der jüdischen Gemeinde gab es die Befürchtung, dass sich etwas verändern würde.**

Dieses Mascherl kann ich den Flüchtlingen nicht umhängen, Gott sei Dank. Wenn eine Häuserwand oder ein Grabstein beschmiert wird, kann man das erst dann zuordnen, bis jemand vor Gericht steht. Man sollte Menschengruppen nicht pauschal verdächtigen.

**In welche Gesellschaft kommen Geflüchtete in Österreich, findet hier ein Lernprozess statt?**

Es wäre wichtig, dass sie hier die Sprache lernen, aber auch die Geschichte des Landes. Der Holocaust ist Teil davon. Ein Besuch in Mauthausen wäre wichtig, aber nicht in der Form, dass man dort hinfährt, ohne vorher und nachher etwas darüber zu hören. Da muss der Staat Geld in die Hand nehmen und die Leute vorbereiten auf das, was sie in Mauthausen sehen werden.

**Was können Initiativen wie Shalom aleikum, wo Leute aus der jüdischen Gemeinde geflüchtete Menschen begleiten und unterstützen, bewirken?**

Initiativen wie Shalom aleikum sind einmalig. Wir sind wenige Juden in Österreich und entsprechend wenige, die auf diese Weise mithelfen. Also, Kol Hakawot, meine Hochachtung, dass sie das von Anfang an, als die Flüchtlinge gekommen sind, machen.

Es gibt rund 8.000 eingetragene Mitglieder der IKG Wien, wenn alle 8.000 mit den 1,3 Millionen Wählern der FPÖ reden würden, würde es sehr lange dauern, bis sich die alle kennengelernt haben. Oder wenn sie mit allen 600.000 bis 800.000 Muslimen in Österreich reden würden, würde das auch lange dauern. Es ist ja auch nicht so, dass alle FPÖ-Wähler und alle Muslime Antisemiten sind. Ganz und gar nicht. Und Antisemiten gibt es auch anderswo. Juden selbst können Antisemitismus nicht bekämpfen, wir können uns aber wehren. Es gibt Projekte, wo zum Beispiel jüdische Jugendliche mit anderen Jugendlichen reden, durch die Begegnung kann man viel schaffen. Aber wir sind eben nur wenige.

**Von der Muslimischen Jugend gab es eine Initiative gegen Antisemitismus. Es gab eine Ausstellung am Ring, die teils zerstört wurde und wo muslimische Jugendliche geholfen haben, sie zu reparieren und zu bewachen. Sind das Signale mit guter Wirkung?**

Ich hoffe sehr, dass das Vorbildwirkung für die gesamte muslimische Jugend in Österreich hat. Sie haben sich immerhin 1,5 Jahre mit Antisemitismus auseinandergesetzt, waren mit der Antisemitismus-Beauftragten der EU, Katharina von Schnurbein, eng in Kontakt. Sie haben das vor einigen Monaten sehr schön im Europahaus in der Wipplingerstraße präsentiert, ich war auch dort. Den Worten müssen nun aber Taten folgen.

**Wie würden Sie das Verhältnis zur Islamischen Glaubensgemeinschaft beurteilen?**

Der neue Präsident hat die IHRA-Antisemitismusdefinition für die Islamische Glaubensgemeinschaft angenommen. Das ist ihm hoch anzurechnen. Aber auch hier müssen den Worten Taten folgen.

**Gibt es Kontakte, strategische Zusammenarbeit?**



Zur Islamischen Glaubensgemeinschaft: „Wir haben gemeinsame Interessen, wenn es um ein Schächtungs- oder Beschneidungsverbot geht. Da sind wir in Kontakt.“

Wir haben gemeinsame Interessen, wenn es um ein Schächtungs- oder Beschneidungsverbot geht. Da sind wir in Kontakt mit der IGGIO. Wir diskutieren über diese Themen und auch über Fragen der Religionsfreiheit oder Zusammenlebens. Natürlich sind wir nicht in allen Dingen der gleichen Meinung. Die IKG drückt ihre Bedenken stets offen aus und die neue Führung der IGGÖ nimmt diese auch auf.

**„Ob Strache der Parteivorsitzende ist oder Hofer, ändert nichts. Die FPÖ ist die Partei der Burschenschafter.“**

**Wie nehmen Sie wahr, dass die Regierung sich von Antisemitismus distanziert hat, aber zugleich neue Feindbilder entdeckt wurden, zum Beispiel Muslime? Man verurteilt Antisemitismus und führt zugleich Kampagnen gegen Muslime.**

Das mit der Distanzierung von Antisemitismus sehe ich differenzierter. Auch wenn Herr Strache einige Male versucht hat, sich vom Antisemitismus zu entsagen, ist das bei 70 sogenannten Einzelfällen nicht glaubhaft. Wir Juden sind überall eine Minderheit, und wenn sich die FPÖ gegen Muslime gewandt hat dann ist das genauso zu verurteilen, wie wenn sie gegen uns vorgeht. Aber vergessen wir nicht, dass sich die FPÖ

auch schon vorher antisemitisch geäußert hat. Strache hat Yad Vashem besucht, bevor er Vize-Kanzler war, aber er hat sich dort keine Kippa aufgesetzt, wie das die meisten nicht-jüdischen Gäste tun. Sondern er hat sein Burschenschafter-Kapperl aufgesetzt, um zu zeigen: Ich bin zwar in Yad Vashem und gedenke der Opfer, aber in erster Linie bin ich den deutschnationalen Burschenschaftern treu und habe mich nicht verändert. Also das haben wir ihm nie geglaubt. Und ich bin auch stolz, dass der Kultusrat, also die oberste Instanz der Kultusgemeinde, einstimmig beschlossen hat, dass es keine Kontakt zur Regierungspartei FPÖ gegen soll. Und ich bin auch stolz, dass wir eineinhalb Jahre bis zur Auflösung dieser Regierung durchgehalten haben. Das ist für eine Gemeinde nicht so selbstverständlich.

**Würde das auch für eine Regierung mit Norbert Hofer gelten?**

Ob Strache der Parteivorsitzende war oder Hofer das nun ist oder sonst jemand, das ändert überhaupt nichts. Es ist die Partei der Burschenschaften. Die sind das Kernproblem. Ich hoffe, dass der Spuk der FPÖ als Regierungspartner für die nächsten zehn bis 20 Jahre Vergangenheit ist. Als Präsident der Kultusgemeinde habe ich gelernt: Das wichtigste, was ich tun muss, ist, optimistisch zu sein. Sonst würde man



„Das Leben zwischen Orthodoxen und weniger Orthodoxen ist kein großes Thema.“

verzweifeln. Unsere Haltung hat nie etwas mit der Person von Heinz-Christian Strache zu tun gehabt. Er kommt in unserem Beschluss auch nicht vor. Wir alle kennen die FPÖ. Wir brauchen auch keinen Historikerbericht. Das ist ein strukturelles Problem. Auch in anderen Parteien gab es antisemitische Vorfälle, aber dann wurde die Konsequenz gezogen. Das war nicht Mainstream der Partei. Hier sind es permanente Einzelfälle. Kann sich die FPÖ ändern? Jede Partei, jeder Mensch kann sich ändern. Es gab auch die Versuche von Jörg Haider, sich mit dem BZÖ zu ändern. Aber mit den Leuten, die die FPÖ derzeit führen und mit den Leuten, die zurzeit im Nationalrat sitzen, kann ich mir das beim besten Willen nicht vorstellen.

**Noch vor einigen Jahrzehnten war Österreich noch hauptsächlich katholisch, heute gibt es sehr viele nichtkonfessionelle Menschen, es gibt mehr Christlich-Orthodoxe, mehr Muslime. Die Verhältnisse haben sich verändert. Was bräuchte es, dass das Zusammenleben gut funktioniert?**

Ich glaube, dass der Staat nicht so schlecht funktioniert. Österreich ist ein wunderbarer Staat, der wie andere Staaten auch seine Probleme hat. Das ist überall dort völlig normal, wo Menschen verschiedener Konfessionen zusammenkommen.

**Für Diskussionen sorgt zum Beispiel die Frage, ob es gemeinsame Rituale für alle braucht, etwa das Händeschütteln. Das betrifft auch orthodoxe Juden.**

Aber so sind sie erzogen, so sieht das die Religion vor und allen voran geht es dabei um den Respekt vor der eigenen Ehefrau oder dem Ehemann. Das sollte man auch respektieren, und niemand trägt einen Schaden davon. Wenn man im Zweiten Bezirk spa-

**„Wenn man im Zweiten Bezirk spazieren geht und ein Mann einer Frau nicht die Hand gibt, ist das kein großes Problem.“**

zieren geht und ein Mann einer Frau nicht die Hand gibt, ist das doch auch kein großes Problem. Wir sollten uns nicht künstlich Probleme suchen. Ich bin zwar auch ein Mensch, der auch in der Kultusgemeinde versucht, seine Nase in alle Dinge hineinstecken. Aber ich habe auch gelernt, dass es manchmal besser ist, einfach weiterzugehen. Jede Religionsausübung ist zu respektieren, sofern es von der Religion gedeckt ist.

**Die jüdische Gemeinde ist sehr vielfältig, ist das Zusammenleben zwischen orthodoxen und nichtorthodoxen Juden und hier aufgewachsenen und nicht hier aufgewachsenen Juden ein Thema?**

*Zur Person:*

*Oskar Deutsch ist seit 2012 Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien sowie des Bundesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs. Er studierte an der WU Wien. 1997 war er gemeinsam mit Ariel Muzicant Mitbegründer der Wahlliste Atid („Jüdische Zukunft“).*

Also das Leben zwischen Orthodoxen und weniger Orthodoxen ist kein großes Thema. Aber wir haben es in Wien mit einer Gemeinde zu tun, in der viele Leute nicht in Österreich geboren sind. Mein Vater und dessen Eltern kamen aus Klausenburg, Rumänien, meine Mutter kommt aus Lemberg. So gibt es viele Leute, die aus der ehemaligen Sowjetunion kommen. Da gibt es schon Diskussionen über verschiedene Bräuche.

**Wie löst man diese Dinge?**

Demokratisch. Unter Bruno Kreisky sind viele Leute über Schönau hierhergekommen, einige sind hiergeblieben, viele weiter nach Israel gegangen oder auch später wieder hierhergekommen. Viele von ihnen sind bucharische Juden. Wir haben sie stark integriert, ein sephardisches Zentrum gebaut, und viele sind ein fester Bestandteil der Gemeinde geworden. Sie sind in der Gastronomie sehr aktiv und ihre Kinder besuchen gemeinsam mit den aschkenasischen Kindern die Schule. Für uns gilt: Jeder Jude, der in Wien lebt ist ein Wiener Jude. Natürlich gibt es Auffassungsunterschiede, etwa beim Schächten. Sie schächten andere Teile des Tieres als wir Aschkenasim das tun. Trotzdem gehen viele Leute, die koscher essen wollen, in Restaurants ehemaliger Bucharen, die sind inzwischen ja alle Österreicher. Funktionieren die Dinge zu hundert Prozent? Nein, aber das ist halt so, wenn du zwei Juden hast, hast du zumindest drei Meinungen. Jeder Jude, der sagt, er geht in eine Synagoge, hat zugleich eine zweite Synagoge, in die er nicht hingeht. So ist das bei uns. Deshalb möchte ich nochmal den Beschluss des Kultusrates hervorheben, FPÖ-Funktionäre nicht zu treffen. Das wurde einstimmig beschlossen, egal ob Aschkenasim oder Sephardim, Gläubige oder Säkulare.

## ANTI-RASSISMUS-PROJEKT

# Mit Mut gegen Hass

In einem langfristig angelegten Projekt beschäftigte sich die Muslimische Jugend Österreich mit dem Antisemitismus in der eigenen Community. Ein Gespräch mit Andreas Peham (DOEW) und Canan Yasar (MJÖ) über das bemerkenswerte Projekt und seine Erfolge.

TEXT: MUHAMED BEGANOVIC

Die schlechte Nachricht ist, dass es unter muslimischen Jugendlichen unleugbar antisemitische Tendenzen gibt, die größer sind als in jeder Vergleichsgruppe, sagt Andreas Peham, Rechtsextremismus- und Antisemitismusforscher beim Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW). Peham, ein Mann mit fröhlicher Miene und klarer Stimme, gehört aber zu den Menschen, die sich auf die gute Nachricht konzentrieren: wenn man die Arbeit richtig macht, ist ihnen präventiv besser beizukommen. Er musste also nicht lange nachdenken, als ihn die Muslimische Jugend Österreich (MJÖ) fragte, ob er bei einem Projekt namens „MuslimInnen gegen Antisemitismus“ mitmachen will.

Das war noch 2017, ein Jahr in dem in der Öffentlichkeit besonders stark über den sogenannten „muslimischen Antisemitismus“ oder den „importierten Antisemitismus“ gesprochen wurde. Natürlich wurden diese Begriffe von politischen Parteien übernommen, die damit vom Antisemitismus in den eigenen Reihen ablenken wollten (und damit ist nicht nur die FPÖ gemeint). Und natürlich haben viele muslimische Verbände so getan als wäre dies nur eine Schmutzkampagne und so als gäbe es keinen Antisemitismus in der Community, weil sie, wie Peham erklärt, wussten, dass jede Argument verwendet werden könnte, um so noch mehr antimuslimische Ressentiments zu schüren. Für Peham war es also sehr mutig, dass sich die Jugendorganisation ein Jahr lang mit der Thematik befasst hat. „Wir haben den Schwerpunkt Antisemitismus ge-



Canan Yasar, Bundesvorsitzende der Muslimischen Jugend Österreichs: Wollten, dass MuslimInnen sich im Diskurs über Antisemitismus aktiv zu Wort melden.

wählt, weil wir uns aus innermuslimischer Perspektive mit dem Thema befassen möchten“ sagte die Bundesvorsitzende Canan Yasar, die auch Leiterin des Projekts war, bei der ersten Pressekonferenz Anfang 2018.

**Viele muslimische Verbände taten so, als wäre das nur eine Schmutzkampagne, als gäbe es keinen Antisemitismus.**

## Hohe Reflexionsfähigkeit

Yasar, Lehramt-Studentin der Kirchlichen Pädagogischen Hochschulen Wien/Krems, beklagt, dass in den Medien und bei Podiumsdiskussionen überproportional viel über den muslimischen Antisemitismus diskutiert wurde, aber auch, dass kaum muslimische Stimmen an diesem Diskurs beteiligt waren. „Wir empfanden es als wichtig,

dass MuslimInnen sich aktiv zu Wort melden. Im Diskurs über Antisemitismus wurden MuslimInnen fast schon als Hauptverursacher des Antisemitismus in Österreich dargestellt, während über jenen in der gesellschaftlichen Mitte oder der Rechten geschwiegen wurde“, so Yasar. „Sieht man sich aber die Zahlen für Österreich an, ist ersichtlich, dass die größte Gefahr nach wie vor nicht von MuslimInnen, sondern von Rechtsextremen und Neonazis ausgeht“, fügt sie hinzu. Diese Vorgehensweise trage zu keiner Minderung der Problematik bei. „Sie führt rein dazu, dass sich jede Gruppe aus ihrer Verantwortung stiehlt und stattdessen Antisemitismus auf andere projiziert“, so Yasar. Die MJÖ wollte aber gerade nicht in dieses Schema der Schuldzuweisung tappen. Ihnen war es wichtig, sich auf Basis von Fakten mit dem Thema zu



1.500 bis 2.000 Jugendliche in ganz Österreich nahmen an den Veranstaltungen teil.

beschäftigen. „Jeder einzelne Fall von Antisemitismus innerhalb der muslimischen Community ist einer zu viel. Deshalb wollen wir handeln und haben ein vielseitiges Projekt gestartet, in dem sich muslimische Jugendliche mit dem Thema beschäftigen“, erklärt Yasar. Es ging darum, muslimische Jugendliche in der Frage des Antisemitismus zu sensibilisieren und eine tiefgehende Auseinandersetzung zu ermöglichen. Man veranstaltete Vorträge und Workshops über die historische Entwicklung und die aktuellen Formen des Antisemitismus. Zudem fanden im Rahmen des Projektes auch ein Gespräch mit einer der letzten Zeitzeuginnen, Begegnungen zwischen jüdischen und muslimischen Menschen sowie eine Studienfahrt in das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau statt. Laut MJÖ nahmen etwa 1.500 bis 2.000 Jugendliche an den Veranstaltungen in ganz Österreich teil. Peham war begeistert von der hohen Reflexionsfähigkeit der teilnehmenden Jugendlichen. Auch Yasar zeigt sich zufrieden mit Projekt. „Ich traue mich zu sagen, dass wir unser Ziel erreicht haben“, so Yasar. Als Beweis führt sie die spontane Mahnwache der muslimischen Jugendlichen an den wiederholt von Neonazis beschädigten Bildern von Holocaust-Überlebenden der Ausstellung „Gegen das Vergessen“ im Mai des heurigen Jahres an. „Das ist für mich das beste Beispiel, dass das Projekt gefruchtet hat. Wir haben

Bewusstsein geschaffen, dass man gegen Antisemitismus aufstehen muss“, so Yasar.

### Gemeinsame Erfahrungen

Andreas Peham wurde bereits in der Konzeptionsphase des Projektes ins Team geholt. Durch langjährige Erfahrung weiß er, wie muslimischer Antisemitismus am effektivsten bekämpft werden kann. Den als politische Parole genutzten Begriff findet Peham aber falsch. Er spricht von einem „islamisierten Antisemitismus“. Vereinfacht

## Es ging darum, muslimische Jugendliche in Fragen des Antisemitismus zu sensibilisieren.

erklärt heißt das, dass der Ursprung nicht religiöser sondern völkischer Natur ist. Der Antisemitismus in der muslimischen Community drückt sich in Vorurteile, Verschwörungstheorien, Zuschreiben von überwältigender politischer und wirtschaftlicher Macht aus. Auch darüber klärt er regelmäßig auf. Die von ihm geleiteten Workshops wirken holistisch, weil sie das Thema gesamtgesellschaftlich behandeln. Wie geht er dabei vor? Es gibt bekanntlich vieles, dass die beiden Religionen verbindet und darunter fallen zum Teil auch jene Erfahrungen, die Juden und Jüdinnen genauso wie Muslime und Musliminnen im Alltag machen. Da-

her widmet Peham fast die Hälfte der Zeit seiner Workshops der Frage, welche Erfahrungen die Jugendlichen direkt oder indirekt mit Rassismus, Abwertung und Hass gemacht haben. Es geht darum, in Erinnerung zu rufen, wie man sich in solchen Situation selbst gefühlt hat. In einem zweiten Schritt werden Fragen gestellt wie etwa: Was verbindest du mit Juden? Es geht darum zu klären und aufzuzeigen, wo man sich selbst dabei ertappt, andere abzuwerten. Mit diesem Perspektivenwechsel und mit einer gewissen Empathie verbucht man deutlich mehr Erfolge, sagt Peham. Dabei ist ihm auch aufgefallen, wie wenig Ahnung muslimische Jugendliche von der eigenen Religion haben. Das macht die jungen Leute auch anfälliger für den islamisierten Antisemitismus. Peham erzählt die Geschichte eines Workshops in einer Schulklasse, in dem unter anderem ein syrischer Bursche und ein syrisches Mädchen anwesend waren. Als der Junge sich antisemitisch äußerte, wies ihn das muslimische Mädchen zurecht und klärte ihn theologisch und geopolitisch auf. Peham: „Ich habe bei ‚autochthon österreichischen‘ Jugendlichen noch nie erlebt, dass jemand aus der eigenen Gruppe die Person, die Antisemitisches von sich gibt, öffentlich zur Rede stellt.“ Das gibt Hoffnung, sagt Peham. Fröhlich stimmt auch die Tatsache, dass das Ende des Projektes nicht mit einem Ende der Kontakte einhergegangen ist. „Die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus, Reisen zu ehemaligen Konzentrationslagern und die Begegnung mit JüdInnen wie etwa beim koscheren Iftar, das ist während des Ramadan die erste Mahlzeit nach dem Fasten, oder dem gemeinsamen Shabbat-Mahl wollen wir beibehalten und intensivieren“, sagt Yasar. Masei tov!

„MuslimInnen gegen Antisemitismus“, so lautet der Titel eines Projekts, mit dem sich die Muslimische Jugend Österreich (MJÖ) gegen antisemitische Haltungen in der Community engagierte. „Wir sind überzeugt, dass Antisemitismus und Islam unvereinbar sind. Gerade in Zeiten von steigendem Antisemitismus haben wir uns bewusst damit beschäftigt und präsentieren unsere Erfahrungen und Erkenntnisse einer breiten Öffentlichkeit“, so die MJÖ-Bundesvorsitzende und Projektverantwortliche Canan Yasar. „Wir möchten mit unserem Projekt Solidarität zeigen und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken.“

## SEXUALPÄDAGOGIK

# Nicht zu stoppen

An Österreichs Schulen reden Vereine mit Jugendlichen über Sexualität und Aufklärung. ÖVP und FPÖ wollen das gesetzlich beenden und den Lehrkräften umhängen. Keine gute Idee, finden externe Vereine und auch die Schulen selbst. Zurecht.

TEXT: ZORAN SERGIEVSKI

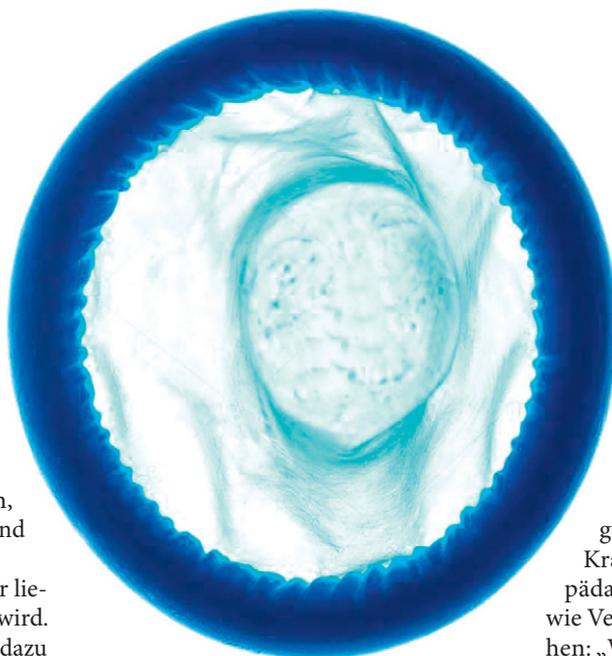
„Let's talk about sex“, salopp: „Red' ma über Sex“, forderten die New Yorker Hip-Hopperinnen „Salt ‚n' Pepa“ 1991. Egal, ob man weghöre oder es kleinrede, vermeide – jetzt spräche sogar das Radio davon, das Fernsehen. Und man müsse drüber reden, was Sex war und ist, wie es sein kann und sein sollte.

Es gibt aber auch Leute, denen offenbar lieber ist, dass gar nicht darüber geredet wird. Im Juli verabschiedeten ÖVP und FPÖ dazu einen Initiativantrag im Nationalrat. Er erlaubt externen Vereinen nur mehr außerhalb des Schulunterrichts, Aufklärung zu unterstützen. Bis dato durften sie das aktiv im Unterricht.

Grundlage dafür war ein Grundsatzterlass des Bildungsministeriums von 2015. Darin erhielt sexuelle Aufklärung (genauer: Sexualpädagogik) einen klaren Rahmen. Jener Erlass erkennt sexuelle Entwicklung als entscheidend für die Persönlichkeitsbildung an. So soll Sexualpädagogik ab der Kindheit altersgerecht vermittelt werden – wertfrei, lustfreundlich, gegen Gewalt sensibilisierend und wissenschaftlich fundiert. So sollen nicht nur Ängste abgebaut und Neugier geweckt werden. Ziel ist es, verantwortungsvolle, selbstbewusste Menschen zu bilden.

## Ausschluss kommt Verbot gleich

In diesem Feld engagiert sich eine Vielzahl von Gruppen und Institutionen. Dazu gehören nicht nur „die üblichen Verdäch-



tigen“, etwa die Homosexuellen Initiativen (HOSI) oder Kinderschutzorganisationen. Es sind auch einige kirchliche Träger dabei, etwa das Frauenreferat der Diözese Innsbruck. Sie haben sich bundesweit zu Plattform Sexuelle Bildung (PSB) vereint, um das neue Gesetz zu kippen. Sie fürchten,

## Die Nachfrage von Schulen und Eltern ist sehr groß, der Bedarf an sexualpädagogischem Unterricht wächst.

dass der Ausschluss de facto einem Verbot gleichkommt. Über die Plattform Sexuelle Bildung haben sie die Kampagne #redma-dueber gestartet, die auch von SOS Mitmensch unterstützt wird. Der Hashtag erinnert nicht umsonst an Salt-N-Pepa.

Verena Krall von der Fachstelle Niederösterreich für Suchtprävention und Sexualpädagogik ist optimistisch. Auf eine Anfrage

antwortet sie: „Der Entschließungsantrag hat derzeit keine rechtliche Bindung und es ist abzuwarten, wie es nach der Nationalratswahl weitergehen wird. Wir stehen in regelmäßigem Austausch mit der Bildungsdirektion. Derzeit sind uns keine Veränderungen bekannt.“

Krall ist Leiterin der Abteilung Sexualpädagogik der Fachstelle, sie beschreibt, wie Vereine das Thema in der Regel angehen: „Wir arbeiten seit mittlerweile sechs Jahren mit Schulen in Niederösterreich zusammen. Wir führen im Auftrag des Landes sexualpädagogische Workshops für Kinder und Jugendliche durch und organisieren Elternabende und Fortbildungen für PädagogInnen. Die Nachfrage von Schulen und Eltern ist sehr groß, der Bedarf an sexualpädagogischen Angeboten wächst.“

## Intimes nicht mit Lehrkräften besprechen

Bundesschulsprecher Timo Steyer von der ÖVP-nahen Schülerunion sieht Externe deshalb als wichtige Ergänzung zu Lehrkräften. Das erklärt er in einem Statement zur Kampagne. In der Bundesjugendvertretung, sie vertritt die Interessen von Menschen bis 30 Jahren in Österreich, ist man überzeugt, dass Teenager ungern mit Lehrkräften über Intimes reden, von denen sie anderntags benotet werden. Das sieht auch Verena Krall von der Fachstelle Niederösterreich ähnlich, wenn sie sagt: „SchülerInnen wollen nicht all

ihre intimen und persönlichen Fragen mit PädagogInnen besprechen – und auch umgekehrt. Auch in der Ausbildung der PädagogInnen sind sexualpädagogische Themen kaum Inhalt.“

Es gibt also einen Punkt, an dem die Schule diesen Bedarf nicht mehr decken kann oder will. Workshops wie jene, die die Fachstelle organisiert, sollen dort für Möglichkeiten sorgen, die die Schule nicht leisten kann. So wird auch verständlich, warum die Nachfrage nicht abreißt. Verena Krall führt fort: „PädagogInnen und Eltern schätzen die Zusammenarbeit mit der Fachstelle und erkennen die Wichtigkeit und Notwendigkeit einer Einbeziehung von externen ExpertInnen an, vor allem im Sinne der Prävention.“

### Warum die Vereine weg sollen

Nach 1945 waren Themen wie Missbrauch, aber auch Masturbation, jugendliche Lust und Sex vor der Ehe lange Zeit Tabus. Das schreibt die Erziehungswissenschaftlerin Christin Sager in ihrem Buch „Das aufgeklärte Kind“. Erst mit der 68er-Bewegung, die den Komplex erfolgreich in die Hörsäle und Klassenzimmer brachte, kam die Wende. Das hielt konservative Kräfte nicht davon ab, Sexualität weiter in Watte zu packen – während sie gleichzeitig omnipräsent wurde: durch Musik, Werbung und letztlich auch Internet-Pornographie.

Auslöser der aktuellen Debatte ist der christlich-fundamentalistische Verein TeenSTAR, der sich – im Gegensatz zu den UnterstützerInnen der Plattform Sexuelle Bildung – nicht an die Vorgaben des Ministeriums hielt. TeenSTAR beschränkte sich nicht auf geschlossene, unverkrampfte Workshops, in denen vorurteilsfrei gefragt und geplaudert werden kann. – Vielmehr luden, wie der „Falter“ aufdeckte, die Trainer und Trainerinnen von TeenSTAR Jugendliche einzeln zum Essen oder zu Spaziergängen ein, um auf sie einzuwirken, u.a. wurde Homosexualität als heilbar und Selbstbefriedigung als Sünde bezeichnet. Die Mitglieder der Plattform werten Methoden des Vereins als eindeutigen Übergriff, dem sich Jugendliche schwer entziehen können.



Die Plattform Sexuelle Bildung, in der sich Initiativen von der HOSI bis zu kirchlichen Trägern finden, möchte das neue Gesetz kippen.

Bei der ÖVP und FPÖ konstruierte man daraus den Vorwurf, dass sich sexualpädagogische Vereine an gar keine Standards hielten. Anders als TeenSTAR bezieht sich die Plattform Sexuelle Bildung hingegen explizit auf den ministeriellen Erlass aus dem Jahr 2015 sowie internationale Kataloge. KritikerInnen vermuten nun, es gehe den politischen Parteien um eine Unterdrückung von Lust und queeren Ansätzen. Wenn man so will, half

### Der christlich-fundamentalistische Verein TeenSTAR hielt sich nicht an die Vorgaben des Ministeriums.

TeenSTAR unfreiwillig dabei mit. Der Verein vertritt ein erzkonservatives Menschenbild, auf seiner Website gibt er an, die „humanistischen Werten der jüdisch-christlich geprägten Kultur“ zu vertreten. Darunter zu verstehen ist ausschließlich die Hetero-Ehe, hetero-ehelicher Sex, natürliche Empfängnis und die Ächtung der Abtreibung. So argumentiert oftmals auch die Bundes-ÖVP und noch deutlicher die FPÖ.

In Niederösterreich bewertet man die Dinge etwas anders, wohl auch aufgrund der Erfahrungen, die man im Rahmen der Projekte mit den Schulen gemacht hat. Die Landesregierung unterstützt die Fachstelle jedenfalls weiterhin, ÖVP-Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister ist ihres Zeichens Vorsitzende des Trägervereins der Fachstelle.

### Aufklärung als Menschenrecht

Der Komplex ist auch menschenrechtlich relevant. Wer Vereine verdrängt, beschneidet die Artikel 19 und 26 der UN-Menschenrechtscharta. Ersterer schützt die Meinungs- und Informationsfreiheit, letzterer das Recht auf Bildung. Wer Jugendliche von fachlich hochwertigen Infos ausschließt, beeinträchtigt ihre Entwicklung zu selbstbestimmten Personen. Im schlimmsten Fall lernen sie nicht, sich abzugrenzen, vor Missbrauch und Krankheiten zu schützen. Sexualität ist eine über den Biologie-Unterricht hinausführende Querschnittsmaterie, die auch deshalb umfangreich behandelt werden sollte.

„Those who think it’s dirty have a choice / Pick up the needle, press pause, or turn the radio off / Will that stop us, Pep? I doubt it“, heißt es bei Salt, n’ Pepa. Wer Sex für schmutzig hält, sollte einfach abdrehen. Das kann das Gerede jedenfalls nicht stoppen.

*Das Frauenreferat der Diözese Innsbruck lehnte mehrere Anfragen von MO zu #redmadrueber ab. Bei der AIDS Hilfe Wien war zu Redaktionsschluss Sommerpause.*

Weitere Infos:

<http://sexuellebildung.at/redmadrueber/>  
Christin Sager: *Das aufgeklärte Kind.*

Transcript Verlag 2015

## POPULÄR GESEHEN

## Marshmallows und die süßen Verhältnisse

Disziplin und Selbstkontrolle galt lange als zentrales Ziel für pädagogisches Handeln. Das ist aber falsch.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK  
Illustration: Petja Dimitrova

Eine Süßigkeit liegt am Tisch vor Dir. Du bekommst eine zweite, wenn Du zehn Minuten wartest. Das ist die Versuchsanordnung des berühmt gewordenen Marshmallow Experiments mit vierjährigen Kindern. Wartet das Kind 10 Minuten bis der Forscher wieder den Raum betritt, darf es beide Süßigkeiten essen. Kann es nicht so lange warten und langt gleich zu, verliert es den Anspruch auf seine Belohnung in Form des zweiten Marshmallows. Manche Kinder aßen das Stück gleich auf, andere später, manche gar nicht. Das Ergebnis des Versuchs aus den 60er Jahren: Diejenigen, die auf das zweite Stück Süßigkeit warten konnten, sind später beruflich erfolgreicher, klüger und sozial stabiler. Daraus wurde jahrzehntelang die Theorie abgeleitet, dass Disziplin und Selbstkontrolle das zentrale Ziel für pädagogisches Handeln sei. Eine schöne Geschichte. Sie ist aber falsch.

Der Entwicklungspsychologe Tyler Watts von der New York University hat die alten Befunde jetzt mittels einer landesweiten neuen größeren Stichprobe untersucht. Die Gruppe wurde repräsentativer für die allgemeine Bevölkerung in Bezug die soziale Herkunft sowie Bildung der Eltern ausgewählt. Die Forscher kontrollierten auch das Einkommen des jeweiligen Haushalts. Das Ergebnis: Die Verbindung zwischen Willensstärke des Kindes und späterem Erfolg gibt es nicht. Es lassen sich aus dem Warten-Können höchstens 10 Prozent der Leistungsunter-



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

schiede zwischen Jugendlichen ableiten, die übrigen 90 Prozent gehen auf andere Bedingungen zurück. Wenn der familiäre Hintergrund herausrechnet wird, sagt die erreichte Wartezeit des Kindes überhaupt nichts mehr über seine Leistungen und Verhalten im späteren Alter aus. Der Marshmallow-Test aus den 60er Jahren hatte den sozialen Status der Familie nicht ausreichend beachtet. Er hatte ausschließlich Kinder untersucht, deren Eltern an der Stanford Universität beschäftigt waren. Kinder, die aus einkommensschwächeren Familien kommen, neigen dazu, den ersten Marshmallow sofort zu essen. Kinder ärmerer Familien warteten vor allem deshalb nicht auf den zweiten, weil sie im Gegensatz zu den reicheren Kindern im alltäglichen Leben nicht wussten, ob der zweite Marshmallow überhaupt kommt. Sie mussten ihr Bedürfnis sofort befriedigen, weil sie von einem unsicheren Alltag geprägt sind. Bei Kindern wohlhabender Eltern wiederum hatte es keinen Einfluss auf den späteren Erfolg, ob sie den Marshmallow nun aßen oder nicht. Jene, die sich nicht selbst beherrschen konnten, waren nicht weniger erfolgreich als jene, die sich beherrschen konnten. Selbstkontrolle allein entscheidet also nicht, ob man später erfolgreich ist— ausschlaggebend ist der soziale Hintergrund. Die sozialen und ökonomischen Verhältnisse sind mächtig, wenn es um die Chancen von Kindern geht, - sie zu verändern ein Schlüssel für eine bessere Zukunft.

## SONDERECHE

## Die Sicherheit des Stärkeren

Wer Sicherheit privatisiert, riskiert ein Wettrennen bei dem alle verlieren.

UM DIE ECKE GEDACHT MIT  
PHILIPP SONDEREGGER  
Illustration: Petja Dimitrova

Als der Wiener Polizeipräsident Gerhard Pürstl vor ein paar Jahren warnte, Frauen sollten des Nächtens generell nicht alleine auf Wiens Straßen unterwegs sein, löste er eine Welle der Empörung aus. Warum sollten ausgerechnet die Leidtragenden männlicher Übergriffe Einbußen ihrer Lebensqualität in Kauf nehmen? Warum empfahl er nicht den übergriffigen Männern, abends zu Hause zu bleiben? Das ist ein schönes Beispiel dafür, wie die Privatisierung von Sicherheit zum Sicherheitsrisiko werden kann. Ähnliches erleben wir derzeit im Straßenverkehr. PKWs werden immer größer, jeder dritte Neuwagen ist bereits ein SUV. Die Werbeclips dieser mobilen Trutzburgen versprechen unbeschadetes Durchpflügen von Geröllhalden, akustische Abgeschiedenheit im städtischen Durcheinander und freie Bahn auf Landstraßen, die in die Abendsonne münden. Diese Bilder zeichnen das genaue Gegenteil von jenen, die man vielleicht von öffentlichen Verkehrsmitteln im Kopf hat. Dort ist es eng, laut und man muss sich an anderen vorbei zwingen. Ohne zumindest non-verbale Verständigung ist der Zusammenstoß mit anderen Menschen unausweichlich. Die Werbebilder mögen die Sehnsucht nach Autonomie adressieren. Endlich geht was weiter ohne ständige Umsicht und Erklärungen. Begründet wird die Anschaffung des SUV dann aber, durchaus nachvollziehbar, mit der Sicherheit der eigenen Kinder. Wer bei Unfällen die größere Masse lenkt, hat den kleine-

## CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

ren Schaden – wer nicht mitrüstet, verliert. Auch das Stadtbild verändert sich. SUVs sind nicht nur für die Fahrt in der Wildnis gebaut, sie verwandeln auch die Innenstädte in eine solche, indem sie den urbanen Lebensraum optisch als Gefahrenzone markieren. Von Blechflächen bedrängte Minifenster spiegeln das Befinden kapitalistischer Vereinzelung wieder: der Begegnungsmodus ist der Aufprall, nicht die Vermittlung. Das birgt einen demokratiepolitischen Aspekt. Die mobilen Bollwerke sind zugleich Ausdruck und Triebkraft eines schwindenden öffentlichen Raumes, in dem wir uns als Gleiche begegnen. Die Parallelwelt der Schnellen schmälert die Lebenschancen der Langsamen auch durch ihr Gewicht in der politischen Diskussion. Nach einem tödlichen Unfall mit Radanhänger in Niederösterreich kippte die Stimmung gegen die Mutter der getöteten Kinder. Der Kolumnist Hans Rauscher unterstellte NutzerInnen von Radanhängern kriminelle Fahrlässigkeit. Frei nach dem Psychoanalytiker Zvi Rex: Die AutofahrerInnen werden den RadfahrernInnen die Unfalltoten nie verzeihen.

Gated Communities in südamerikanischen Metropolen erinnern an die Folgen ungezügelter Ungleichheit in schwachen Staaten. Und wie schwer es ist, sozialen Zusammenhalt wieder zu etablieren, wenn er einmal verloren ging. Am Verkehr kann man einiges über den Zustand eines Landes ablesen. Überlassen wir Sicherheit nicht den Stärkeren.

## Geh doch zurück nach Hause

Wenn Angehörige ethnischer Minderheiten kritisch und unliebsam sind, wird ihnen oft gesagt, sie könnten ja wieder heim gehen. Dass das Rassismus ist, sollte klar sein.

CLARA AKINYOSOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova

Wir kennen den Satz. Wir, die wir nicht nur einen kritischen Geist, sondern auch einen – wie man so schön sagt – Migrationshintergrund haben: Geh doch zurück nach Hause. Oder etwas abgewandelt: Geh doch dorthin zurück, wo du hergekommen bist. Menschen, die Wurzeln in anderen Ländern haben, bekommen solche Aussagen meist dann zu hören, wenn sie sich kritisch zu Wort melden. Vor wenigen Wochen warf US-Präsident Donald Trump vier US-Abgeordneten, die ethnischen Minderheiten angehören, den Satz an den Kopf: „If they don't like it here, they can leave“. Also wenn es ihnen hier nicht gefalle, könnten sie ja gehen. Gemeint waren die Politikerinnen der Demokratischen Partei, Alexandria Ocasio-Cortez, Ilhan Omar, Rashida Tlaib und Ayanna Pressley. Zu Recht erntete der US-Präsident Kritik wegen seines rassistischen Kommentars. Trump jedoch stritt ab, ein Rassist zu sein. Er habe keinen einzigen rassistischen Knochen in seinem Körper, twitterte er. Und seine Parteikollegen eilten zu seiner Verteidigung: Der Präsident sei kein Rassist, sondern ob der Agenda der vier Abgeordneten einfach frustriert. Ja, liebe Freunde, das ist keine originelle Ausrede. Frust macht nicht rassistisch. Angehörige ethnischer Minderheiten und MigrantInnen als fremd zu verorten und ihnen die „Heimreise“ naheulegen hat System. Auch in Österreich. Die frühere Grüne Nationalratsabgeordnete Alev Korun wurde während ihrer Reden ständig mit ihrem



Clara Akinyosoye ist Journalistin bei ORF.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

türkischen Migrationshintergrund konfrontiert. Dabei tat Korun nur das, was die meisten OppositionspolitikerInnen tun – den Zustand der Republik und die Politik der jeweils anderen Parteien kritisieren. Auch der Grünen wurde daher im Hohen Haus von einem FPÖ-Abgeordneten nahegelegt, sie möge doch nicht in Österreich bleiben, wenn es ihr hier nicht mehr gefiele. Als die Abgeordnete der Liste Pilz, Alma Zadic, am Rednerpult im Parlament die Regierung kritisierte, fühlte sich ein ÖVP-Politiker bemüßigt, die Juristin zu erinnern: „Sie sind nicht in Bosnien.“ Er habe dies aber nicht abwertend gemeint. Tatsache ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund und Angehörige ethnischer Minderheiten oftmals das Recht abgesprochen zu wird, sich kritisch mit Österreich auseinandersetzen zu dürfen. Jedenfalls dann, wenn ihre Meinung sich nicht mit der eigenen deckt. Tun sie es, werden sie oft auf die Möglichkeit einer guten Heimreise verwiesen. Dass das Ausdruck einer rassistischen Denkweise ist, sollte klar sein. Wenn also in linken Kreisen etwa ÖsterreicherInnen mit türkischen Wurzeln, die Erdogan verehren, empfohlen wird, sich alsbald auf den Weg zum Bosphorus zu machen, ist auch das, liebe Freunde, rassistisch. Es muss Angehörigen ethnischer Minderheiten möglich sein, sich kritisch, schwachsinnig oder auch polemisch über unser Land zu äußern ohne dass ihnen ihre Daseinsberechtigung in Österreich entzogen wird – nicht von Rechten und nicht von Linken.

# Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler porträtiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

KOLUMNE: NOUR-EL-HOUDA KHELIFI

**D**er Wahlkampf für die Nationalratswahlen im September ist schon im Gange. Und natürlich ist ein mittlerweile typisch österreichischer Wahlkampf kein Wahlkampf, wenn der Islam und die Muslime nicht thematisiert oder besser gesagt dämonisiert werden. Mit Maria Stern, Parteivorsitzende von JETZT - Liste Pilz, wurden die Sommergespräche im ORF offiziell eröffnet. Auf die Frage, ob der Islam zu Österreich gehöre, kam die Antwort ganz klar und doch wieder unklar von der Parteivorsitzenden. Gemäßigter und politischer Islam, Frauen haben auch Rechte, Gleichberechtigung, Imame, Abschiebungen, Lehrlinge. Ich hab zuerst mal schlucken müssen, weil so viele Birnen, Äpfel, Kraut und Rüben auf einmal habe ich noch nie gesehen. Eine komische Melange bestehend aus Unwissen, gefährlichen Vorurteilen und wiedergekäuten Phrasen von Schwarzblau. Wer briefed diese Menschen eigentlich immer? Peinlich, im österreichischen Rundfunk über Dinge zu reden, die weder Hand noch Fuß haben. Die Parteivorsitzende Stern meinte, dass Frauen und Männer in Österreich gleichgestellt seien. Imame, die also was anderes in ihren Predigten behaupten, gehören abgeschoben. Also ja, Frauen und Männer sind theoretischerweise in Österreich gleichberechtigt, aber wie gesagt, theoretischerweise. In puncto Arbeit, Gehalt, Ansehen in der Öffentlichkeit und so weiter und so fort herrschen immer noch seeeeehr große Lücken zwischen beiden Geschlech-

tern. Aber ich will mal nicht kleinlich sein. Wenn aber nur Imame abgeschoben werden sollen, die gegen die Gleichberechtigung von Mann und Frau predigen, warum nicht die Zielgruppe erweitern auf alle Menschen, die etwas gegen Gleichberechtigung haben? Dann würde Österreich ziemlich leer aussehen, wenn ich davon ausgehe, wieviele Patriarchen und Sexisten ich in meinen 25 Jahren schon begegnet bin. Sexismus ist kein muslimisches, sondern ein universelles Problem. Danach ging es in ihrer Rede um den gemäßigten Islam (der darf bleiben) und den politischen Islam (bitte nicht) Was ist ein gemäßigter Islam? Nur bis 12 Uhr fasten und dann ist Feierabend? Schweinshaxe ist haram, aber ein Viertel Most geht klar?

## Weniger Islam, mehr Politik bitte!

Den einzigen politischen Islam den ich kenne, ist von all den Parteien die den Islam als Waffe im Wahlkampf missbrauchen. Ach ja, und die Leute die gut integriert sind und die Sprache können, dürfen natürlich bleiben. Wir sind hier nicht bei Austria's Next StaatsbürgerIn, wo irgendwelche Menschen die Deutungshoheit an sich reißen und darüber entscheiden, wer in Österreich bleiben darf oder nicht. Menschen wie ich sind in Österreich geboren und aufgewachsen. Meine Muttersprache ist in erster Linie Deutsch, genauer gesagt Wienerisch. Und dann soll ich mir von Menschen wie Kurz, Strache oder eben Stern anhören, dass ich eh gut integriert bin und eh gut

Deutsch kann. Ich hätte nie gedacht, dass ich mal Matthias Strolz zitiere, aber passt gerade: „Das ist uninspiriert!“ Und ja, gewisse Wahlkampfthemen sind uninspiriert ohne Ende. Und dafür, dass in Österreich angeblich Religion vom Staat getrennt werden soll, wird Religion sehr oft, ja schon viel zu oft auf politischer Ebene diskutiert. Ich würde lieber wissen, wie es um das Pensions- oder Bildungssystem in Österreich herrscht und was da die besagten Parteien verbessern möchten. Keinen Menschen interessiert's, ob ich ein bisschen mehr Stoff trage oder einen Bogen um ein 16er Blech mache. In Österreich würde es um einiges besser zugehen und wir hätten keine vorgezogenen Wahlen, wenn bestimmte PolitikerInnen und Parteien sich weniger mit dem Islam beschäftigen und mehr mit essentiellen Themen wie Bildung, Gesundheit und Soziales würden. Die Islamdebatten werden weder meine noch Susannes oder Haralds Versicherung und Pension irgendwann später bezahlen. Dafür muss schon die Politik in Österreich sorgen. Also bitte, liebe österreichische Politik: moch was gscheits! Ich will mich nicht wieder gezwungen sehen, Strolz zu zitieren.

## SPOTLIGHT

# If Hongkong burns...

In Hongkong hat sich eine Zivilgesellschaft herausgebildet, die einmal erlangte Bürgerrechte seit Monaten verteidigt. Gegen einen übermächtigen Gegner.

TEXT: KERRY TEUBER

**S**chon wer zu seiner eigenen Wohnung gehen will, kann in Hongkong in diesen Tagen schnell ein Problem mit der Polizei bekommen. Patrouillen fahren durch die Straßen, Sperren wurden errichtet, Zugänge beschränkt, und an immer neuen Punkten formieren sich Menschen in Hongkong zu spontanen Demonstrationen. Erst kürzlich veröffentlichte die renommierte „South China Morning Post“ ein Video, in dem AktivistInnen in der Nacht ihre Laser-Pointer auf Fenster von Privatwohnungen richten, in denen Polizeibeamte wohnen. Seit Juni protestieren zehntausende EinwohnerInnen der Sonderverwaltungszone gegen die kommunistische Führung der Volksrepublik China. Anlass war ein umstrittenes Auslieferungsgesetz, doch es geht längst um mehr. Seit dem Abzug Großbritanniens aus der ehemaligen Kolonie 1997 hat sich in Hongkong eine BürgerInnengemeinschaft gebildet, die ihre Rechte gegenüber Beijing verteidigt. Viele sind besorgt, rechtsstaatliche Standards wie etwa die Unabhängigkeit der Justiz und die Einhaltung der Menschenrechte zu verlieren, sobald die kommunistische Partei ihren Zugriff verstärkt. Und auch wenn ein Schriftzug an einer Häuserwand „If Hongkong burns, the world burns“ übertrieben scheint, so beliebt man es in Peking bislang bei Drohungen.

## Freie Presse

Hintergrund der Proteste ist aber auch, dass China seit 2003 viel Kapital nach Hongkong fließen ließ, was eine Explosion der Preise



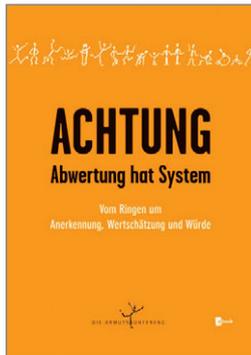
Für BürgerInnenrechte und unabhängige Justiz auf der Straße.

etwa auch bei Immobilien auslöste. Gerade für junge Menschen ist es schwer, eine Wohnung zu finden. Studierende und eine junge Mittelklasse sind die zentralen Träger der Proteste, die aber eine breite Basis haben. Es gibt keine Führung, über Social Media werden „Picknicks“ oder Meditationen wie z.B. im Tamar Park organisiert. Es wird von einer Website berichtet, die Aktionen im MTR, dem Hongkong U-Bahn Netzwerk, organisiert. Eine politische Beobachterin berichtet, dass sie Menschen sieht, die bisher still waren und sich nun erstmals politisch artikulieren. Die Angst vor dem Verlust von Freiheitsrechten eint die Zivilgesellschaft. Videos wie jene der „South China Morning Post“, die schwere Ausschreitungen zeigen, auch, wie Sicherheitskräfte auf Demonstrierende einprügeln und wie diese wiederum Tränengaspatronen über Barrikaden zurück zu den Polizisten werfen. Im Internet der Volksrepublik China würden es diese Bilder nicht durch die Zensur schaffen. Zuletzt wurde berichtet, dass selbst ein zwölfjähriges Kind verhaftet wurde, seit Juni landeten über 800 Menschen

vorübergehend in Gefängnissen, die Vorwürfe reichen von illegaler Versammlung bis zu Widerstand gegen die Staatsgewalt. Auch Hongkongs Regierungschefin Carrie Lam gerät zunehmend in Kritik, weil sie das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ nicht entschieden verteidigt. In Hongkong befürchten viele, dass die Proteste die letzte Chance wären, um eine Kontrolle Festlandchinas zu verhindern. Tatsächlich ist es nicht die erste solche Bewegung, die Hongkong erlebt. 2014 richteten sich die Proteste gegen den Beschluss Pekings, wonach ein 1.200-köpfiges Komitee jene KandidatInnen bestimmt, über die die Bevölkerung von Hongkong abstimmen darf. Es war der Beginn der Regenschirm-Bewegung, auf die man sich jetzt erneut bezieht. Immer wieder sieht man in der Menschenmenge aufgespannte Regenschirme. Im Jahr 2016 wurde die damals 25-jährige Oppositionelle Yau Wai-ching in den Legislativrat gewählt. Bei ihrer Angelobung fiel sie dadurch auf, dass sie ihren Eid nicht auf China sondern auf Hongkong ablegte. Yau, damals Sprecherin der Oppositionsbewegung Youngspiration, wurde durchaus ambivalent wahrgenommen. Sie verlangte die Unabhängigkeit Hongkongs als einzig mögliche Freiheitsgarantie – eine Forderung, die zuletzt auch zu hören war. Mitte August bildeten sich lange Menschenketten in mehreren Vierteln der Stadt. Man orientierte sich am „Baltischen Weg“, als man im Sommer 1989 in Estland, Lettland und Litauen die Unabhängigkeit von der Sowjetunion forderte.

# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Abwertung hat System

Seit bald 25 Jahren engagiert sich das Netzwerk der Armutskonferenz in Österreich für ein Thema, dem die öffentliche Aufmerksamkeit nicht immer sicher ist. Armut, heißt es, ist oft unsichtbar. Die Armutskon-

ferenz macht sie sichtbar, hilft mit Beratungsgesprächen, organisiert Konferenzen und veröffentlicht Forschungsergebnisse auf ihrer Website und in ihren Publikationen. Im jüngsten Sammelband „Achtung – Abwertung hat System“ ist der Blick auf dreifache Weise ausgerichtet. Dem Buchtitel folgend erfährt man in Kapitel I, wie perfid Abwertung auch über Sozialhilfe erfolgen kann und was Armutsbetroffenheit mit Menschen macht. Die Beiträge von Kapitel II beleuchten, auf welche Weise solidarische Zusammenhänge helfen können. Kapitel III fordert als Parole „Handeln“, stellt Initiativen wie die Wiener Kuchl vor und ermutigt zu einem Perspektivwechsel. Ein Buch von hoher Kompetenz, das sich gut zwischen Analyse und Praxis

bewegt. Auch wenn einige Beiträge viele Fußnoten haben, ist das Lesen mit dem erhofften Erkenntnisgewinn verbunden. Kritik an mangelnder Konsequenz aus dem erhobenen Datenmaterial übt Lukas Richter (in: „Alt, arm, ausgegrenzt“), der moniert, dass die Politik zu wenig hinter erhobene Zahlen (z.B.: 27 Prozent der alleinstehenden Frauen sind armuts- bzw. ausgrenzungsgefährdet) schaut bzw. konkretere Daten erhebt. Michaela Moser weist auf den Faktor „Zeit“ in der Armutsdebatte hin und verweist auf rund zehn Milliarden Stunden, die Frauen in Österreich jährlich in soziale Arbeit investieren. Der Care-Sektor sei zwar Thema, Moser fordert aber eine Care-Revolution, in der die soziale Reproduktionsarbeit neu organisiert wird.

Hoa Mai Tran beschreibt die Situation von Kindern Geflüchteter und deren Status in der Gesellschaft, der einer „anerkannten Ausgrenzung“ gleicht. Gerade hier verschärft sich die Situation, man habe mit „staatlich induzierter Armut“ und „multipel deprivierten“ Lebenslagen (Butterwege) zu tun. Eine lesenswerte Bestandsaufnahme, insbesondere auch der vorangestellte Text von Nancy Fraser über Identitätspolitik und daraus resultierende Ein- und Ausgrenzungen. (red)

Die Armutskonferenz  
**Achtung – Abwertung hat System.**  
 Vom Ringen um Anerkennung,  
 Wertschätzung und Würde  
 Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, 2018  
 240 Seiten, 19,90 Euro

## BUCH



### Sozialdemokratie – Letzter Aufruf!

Schon wenn man zu lesen beginnt merkt man, dieses Manifest ist zum Gutteil aus einer Praxis entstanden: Oliver Scheiber, Richter am Bezirksgericht Meidling, hat in ei-

ner langjährigen Tätigkeit den Blick dafür geschärft, wie sich der Zufall, „in welche soziale Umgebung, in welche Familie er/sie geboren wurde“, auf das Leben später auswirkt. Und er gesteht gleich eingangs seine Grundhaltung: dass Politik dazu da sei, Ungleichheiten, die durch die Geburt in eine arme oder reiche Familie, in ein armes oder reiches Land entstehen, auszugleichen. Die folgende knapp 80-seitige Schrift ist durch Emotion motiviert und von Analyse getragen. Scheiber weist darauf hin, dass es die SozialdemokratInnen waren, die Wien zu einer der lebenswertesten Städten der Welt gemacht haben. Heute, konstatiert er, habe die Partei alle kritischen Geister ver-

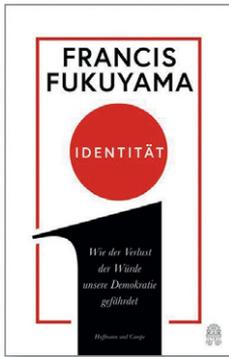
trieben. Darin ortet er auch den offenkundigen Grund für den Mangel an politischen Talenten. Sicherlich, man könnte einwenden, dass Sebastian Kurz beweist, dass das eine auch ohne das andere zu haben ist, und schon findet man sich in einem Dialog mit dem Autor. Der Sorge vor dem weiteren Erstarken der Rechtspopulisten widmet Scheiber (er ist Vorstandsmitglied bei SOS Mitmensch) einen Teil seiner Schrift, so wie andere politische KommentatorInnen sieht auch er den Niedergang der Sozialdemokratie(n) in Zusammenhang damit. Die Rechten nachzuahmen, davon rät der streitbare Richter dringend ab und verweist auf Beispiele im Ausland, etwa in Spanien,

wo Zugewinne gerade durch eine Politik des sozialen Ausgleichs und der Solidarität verzeichnet werden konnten. Das klingt so, als wäre für die Sozialdemokratie noch nicht aller Tage Abend. Dass es wirklich nicht so kommt, macht Scheiber 10 Vorschläge, um die „linke Bewegung“ wieder erfolgreich zu machen. Vieles davon ist sehr konkret und reicht von der Neustrukturierung der Partei über die Kommunikation bis in die Neugestaltung öffentlicher Räume. Ob dieser Weg aus der Krise führt, müsste man wohl ausprobieren. (red)

Oliver Scheiber  
**Sozialdemokratie – Letzter Aufruf!**  
 bahoe books, 2019  
 80 Seiten, 8 Euro

# POPULÄRKULTUR

## BUCH



### Identität

1992 hatte er „Das Ende der Geschichte“ („The End of History and the Last Man“) proklamiert, wenige Jahre zuvor waren die kommunistischen Diktaturen implodiert. Das klang für viele so, als würde Francis Fukuyama den Kapi-

talismus als siegreiche und alternativenlose Wirtschafts- und Gesellschaftsform verkünden, er musste dafür einige Kritik einstecken. In seinem jüngsten Buch nimmt der US-amerikanische Politologe Eingangs noch einmal darauf Bezug und spricht von einem „Missverständnis“ seiner These, die er im hegelianisch-marxistischen Sinn verwendet hatte. Er hatte, so Fukuyama, bloß mit Hegel argumentiert, wonach die Entwicklungen zu liberalen marktwirtschaftlichen Staaten führen würden. In seinem absolut lesenswerten neuen Werk „Identität“ widmet sich der Harvard-Professor der liberalen Demokratie, die von rechtspopulistischen Kräften bedroht ist. „Sie wollen eine direkte charismatische Verbindung

zum Volk‘ herstellen, das oftmals nach sehr eingegrenzten, ethnischen Begriffen definiert wird, die große Teile der Bevölkerung ausschließen“, schreibt Fukuyama über Politikertypen wie Trump, Orban & Co. Und er empfiehlt der EU gegen Ende seines Buches, „alles daran zu setzen, die nationale Identität, der in den Staatsbürgerschaftsgesetzen Ausdruck verliehen wird, neu zu definieren.“ Im Idealfall, so Fukuyama, durch eine einzige Europäische Staatsbürgerschaft. Zwischen diesen Passagen zu Beginn und am Ende des Buches findet sich eine reichhaltige Analyse über die Ursachen des Verfalls demokratischer Institutionen, an denen Populisten beteiligt sind und von denen sie profitieren. Lesenswert ist „Identität“ aber

vor allem, weil Fukuyama sich weniger dem Polit-Geschäft zuwendet als der Verfasstheit des Menschen, die für die Aushöhlung der Demokratie ansprechbar sind. Dafür greift Fukuyama weit zurück in die europäische Geschichte, auf Platons Konzept des Thymos („Gemütslage“), der zur Reformation entstandenen Idee der Identitätsidee und der später aus minoritären Positionen entwickelten Identitätspolitik. Spannend. (gun)

Francis Fukuyama  
**Identität**  
 Hoffmann und Campe Verlag  
 238 Seiten, 22 Euro

## BUCH



### Kurz & Kickl

Es mag sonderbar wirken, dass dieses Buch just jene zwei Politiker zusammenbringt, die in einer nächsten schwarzblauen Regierung angeblich gar nicht mehr miteinander können. Kurz, der „Sonnyboy“ und

kühle Techniker der Macht; und Kickl, der Dauer-Gekränkter, dem das Kunststück gelang, auch als Innenminister noch Angst zu verbreiten. Der Habitus, den Kurz und Kickl pflegen, mag recht unterschiedlich wirken. Doch den Weg in eine „autoritäre Demokratie“ (Brandstätter) marschierten sie Seite an Seite los. Helmut Brandstätter (ORF, Kurier), Jurist und neuerdings NEOS-Kandidat, hat akribisch die Wegmarken dieses Weges skizziert. Das heißt, es geht mehr noch als um eine politische Bewertung dieser 17 Monate um die Beschreibung der konkreten Schritte. Und das liest sich gerade in der Dichte der Zusammenschau durchaus alar-

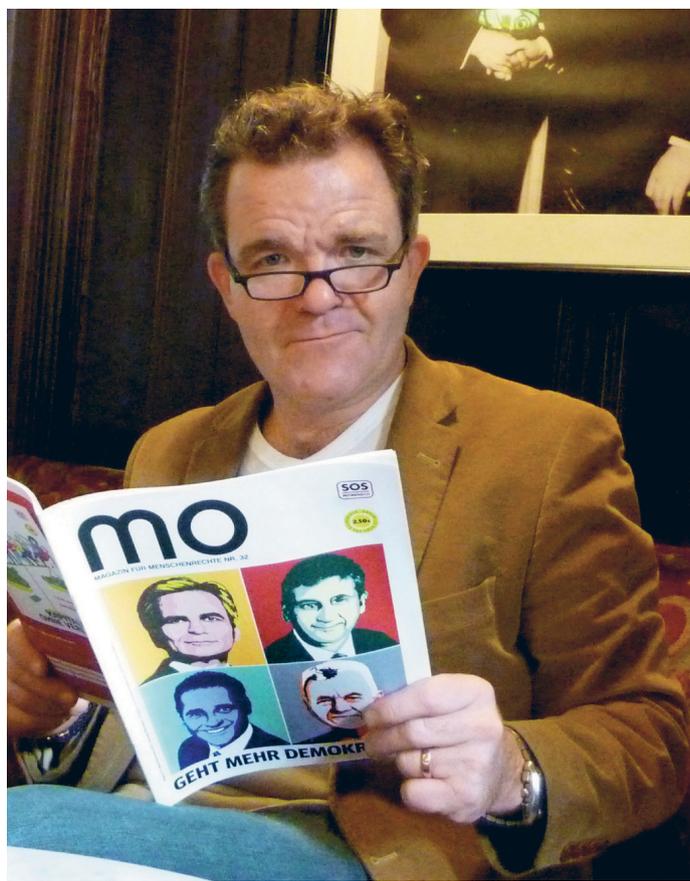
mierend. Wie der Rechtsstaat aufgeweicht werden sollte, die Sozialpartnerschaft zerbröseln, auf die Verfassung auch mal gepfiffen, und wirtschaftliche Interessen über ökologische Prüfverfahren gestellt werden sollten. Einer von mehreren fragwürdigen Wünschen Kickls war es, für Geflüchtete eine präventive Sicherungshaft zu verhängen. Daas kommentiert Brandstätter so: „Das Beispiel zeigt sehr gut, wie sehr sich das Land in kurzer Zeit verändert hatte, wenn Verfassung, Rechtsstaat und Menschenrechte so schnell auf die Seite geschoben werden können.“ Tatsächlich wird mit diesem Buch deutlich, in welche bedenkliche Richtung das „Reformprojekt“

dieser schwarzblauen Regierung ging. Vom Umfärben, antisemitischen Äußerungen, xenophoben Videos, der BVT-Affäre bis zum Ibiza-Video ist die Problemliste dieser Regierung lang. Interessant aber auch jenes Kapitel, in dem Brandstätter Kurz eine mangelhafte Wirtschaftspolitik vorwirft, die Österreichs Wirtschaftsstandort gefährde. Nach der Lektüre dieses Buches ist es kaum vorstellbar, dass dieses „Erfolgsprojekt“ fortgesetzt wird. (red)

Helmut Brandstätter  
**Kurz & Kickl. Ihr Spiel mit Macht und Angst**  
 Kremayr&Scheriau Verlag, 2019  
 206 Seiten, 22 Euro

**„Menschenrechte gehen  
uns alle an. Mir ist die  
unabhängige Aufbereitung  
von Menschenrechtsthemen  
im MO-Magazin von SOS  
Mitmensch 86 Euro im  
Jahr wert. Ihnen auch?“**

***Cornelius Obonya***



#### ABO-BESTELLUNG

**MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro**

#### ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

#### LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

**E-Mail** abo@momagazin.at

**Fax** 01/524 99 00-9

**Post** SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte  
im Auge behalten!**

# SOS MITMENSCH

TEXT: ALEXANDER POLLAK

## FLUCHT

### Porträtserie: Ankommen in Österreich

Die türkis-blaue Regierung wollte es neu ankommenden Menschen möglichst schwer machen. Doch allen Widrigkeiten zum Trotz haben es viele geschafft, sich hier ein neues Leben aufzubauen. Andere kämpfen noch darum.

SOS Mitmensch gibt in der Porträt-Reihe „Angekommen in Österreich“ Menschen, die flüchten mussten, eine Stimme und ein Gesicht. Wie etwa Wael Al Shammas, der

aus dem Syrien-Krieg floh und mittlerweile bei einer Bank in Linz arbeitet. Oder Mina F., die aus dem Iran flüchtete. Beinahe hätte sie Österreich wieder verlassen müssen. Jetzt beginnt sie hier eine Ausbildung in der Altenarbeit. Die Porträts zeigen, welche enormen Hürden Geflüchtete meistern mussten und welche Unterstützung sie erfahren haben. Alle Porträts finden Sie auf der Webseite von SOS Mitmensch.



Ein neues Leben in Österreich aufgebaut: Menschen im Porträt.

## DEMOKRATIE

### Hier dürfen alle wählen, die hier leben!

Fast 1,2 Millionen Menschen sind aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft von der Nationalratswahl ausgeschlossen. Viele der Betroffenen leben schon lange in Österreich oder sind sogar hier geboren. Um gegen diesen Demokratieausschluss ein Zeichen zu setzen, findet am Dienstag, den 24. September an Standorten in ganz Österreich die Pass Egal Wahl 2019 statt.

Alle, unabhängig von ihrem Pass, können ihre Stimme für die Parteien, die österreichweit bei der Nationalratswahl kandidieren, abgeben. Anschließend werden die Stimmen ausgezählt und das Ergebnis bekanntgegeben.



#### Wahllokale am 24. September

- Wien: Minoritenplatz, 1010 Wien, 15:00 - 20:00 Uhr
- Graz: Mariahilferplatz, 8020 Graz, 15:00 - 19:00 Uhr
- Innsbruck: Maria-Theresien-Straße, 6020 Innsbruck, 15:00 - 19:00 Uhr

- Salzburg: Rainerstraße 27, 1. Stock, 9:00 - 18:00 Uhr
- Linz: Martin-Luther-Platz, 4020 Linz, 15:00 - 19:00 Uhr
- Bregenz: Verein Vindex, Römerstraße 12, 6900 Bregenz, 16:00 - 20:00 Uhr
- Bludenz: Villa K., Jellerstraße 16, 6700 Bludenz, 16:00 - 20:00 Uhr
- Feldkirch: Wexelstube, Mühleitorplatz 10, 6800 Feldkirch, 16:00 - 20:00 Uhr
- Dornbirn: Die Fähre, Frühlingsstraße 11, 6850 Dornbirn, 16:00 - 20:00 Uhr
- St. Pölten: Infos folgen

Laufend aktualisierte Infos auf der Webseite von SOS Mitmensch.

### Einladung zur Konferenz „Mittendrin“

SOS Mitmensch organisiert mit anderen NGOs am 16. November in der Brotfabrik Wien eine große Konferenz unter dem Motto „Mittendrin“. Wir fragen uns: Wie sieht das Österreich aus, in dem wir leben wollen? Und wie machen wir den großen gesellschaftlichen Wert unserer Arbeit noch besser sichtbar? Infos: [www.mittendrin-konferenz.at](http://www.mittendrin-konferenz.at)

### SOS Mitmensch und Datenexperte decken auf

Gemeinsam mit dem Datenexperten Wolfgang Salm („fairness asyl“) hat SOS Mitmensch aufgedeckt, dass der FPÖ-„Historikerbericht“ unter Beteiligung eines FPÖ-Mitarbeiters mit Neonazi-Vergangenheit aufbereitet wurde. Das ist umso brisanter, als im Bericht sämtliche Bezüge von FPÖ-Politikern zu Neonazi-Kreisen verheimlicht werden.

### Bleiben Sie wahlmunter!

Wieder gibt es vorgezogene Neuwahlen. Doch Wahlmüdigkeit gilt nicht! Denn die Wahlbeteiligung spielt eine entscheidende Rolle bei der Frage, wie die Politik in den kommenden Jahren aussehen wird. Es kommt also auf jede Stimme an. Bleiben Sie selbst wahlmunter und mobilisieren Sie auch Ihr Umfeld zur Stimmabgabe!



Wählen, um die Demokratie zu stärken.

# ANDERE ÜBER ...

## KOMMENTAR

# Über Heimat

Das größte Privileg, das Menschen ohne Migrationshintergrund haben, ist Selbstverständlichkeit. Sie sind aus Österreich - Punkt. Keine Sehnsucht nach einem Zuhause, das es so nie gab.

KOMMENTAR: MELISA ERKURT

Die bosnisch-stämmige Journalistin und VICE-Chefreporterin Alexandra Stanić hatte unlängst mit ihrer Kolumne „Warum ich Österreich hasse“ einen Shitstorm geerntet. Sie beschreibt in ihrem Text, warum es ihr aufgrund von rassistischen Übergriffen und rechter Politik unmöglich gemacht wird, Österreich als Heimat zu bezeichnen. Während viele Österreicher ohne Migrationshintergrund ihre Worte als Angriff auf das Land verstehen, lese ich Schmerz heraus. Schmerz, wie ihn nur jemand fühlen kann, der sich so sehr nach einer Heimat sehnt, dem dieses Gefühl aber verwehrt wird, egal, was er macht.

### Können den Schmerz nicht nachvollziehen

Ich habe die meiste Zeit meines Lebens damit verbracht, mir die Frage nach meinem Zuhause zu beantworten. Das größte Privileg, das Menschen ohne Migrationshintergrund haben, ist Selbstverständlichkeit. Sie sind aus Österreich - Punkt. Keine, „wie wäre mein Leben, wenn meine Eltern nicht ausgewandert oder geflüchtet wären“-Fragen. Keine täglichen „Erinnerungen“ durch andere, dass man nicht von hier ist. Keine Sehnsucht nach einem Zuhause, das es so nie gab, das immer nur als Vorstellung existieren wird. Das Privileg solche Texte wie den von Stanić nicht schreiben zu müssen

und sich stattdessen über diese Worte aufregen zu können, weil sie diesen Schmerz, der dahinter steckt, niemals nachvollziehen werden. Sie regen sich über Stanićs vermeintlichen Hass auf Österreich auf, als wäre es nicht das Schmerzhafte auf der Welt, etwas zu hassen, das man sehnlichst als seine Heimat bezeichnen möchte.

### Kein Zutritt

Meine Eltern kommen aus Sarajevo, ich bin dort geboren. Sie haben ihre Heimat verloren und die Menschen, die sie dort waren, aber zumindest hatten sie mal eine Heimat, zumindest kennen sie das Gefühl, auch wenn sie nie die Zeit und Kraft hatten, mit mir über ihr vergangenes Leben in Sarajevo zu sprechen. So gerne würde ich mich in ihrem Sarajevo finden, dort, wohin mich manche Österreicher zurückwünschen, wenn ich etwas sage, was ihnen nicht passt - aber nichts von mir existiert in Sarajevo. Das Krankenhaus, in dem ich geboren wurde, wurde im Krieg zerstört. Das Haus, in dem ich gehen gelernt habe, sieht nicht mehr so aus wie auf den bunten Fotos von früher. Die meisten meiner Verwandten leben nicht mehr oder sind ausgewandert. Wenn mich Leute fragen, ob ich im Sommer Heimaturlaub mache, muss ich schlucken. Seit ich denken kann, ist Heimat ein



Illustration: Petja Dimitrova

Ort, zu dem ich keinen Zutritt erhalte. Jedes Mal, wenn mich in Österreich jemand als „Ausländerin“ bezeichnet, fühlt es sich wie eine Retraumatisierung an. Die Heimat zweimal verlieren. Diesen Sommer werde ich nicht nach Bosnien fahren. Ich brauche eine Pause. Jedes Mal werde ich auch dort daran erinnert, dass ich damals zwar vor dem Krieg fliehen konnte, aber niemals vor dem kleinen Kind in mir, das sich so nach einer Heimat sehnt.

Der Text erscheint mit freundlicher Genehmigung der Wochenzeitung „Falter“, wo er im Rahmen von Melisa Erkurts Kolumne „Nachhilfe“ erschien.

## ZUR PERSON

### Melisa Erkurt

Zur Person: Melisa Erkurt, geboren in Sarajevo und mit ihrer Familie im Zuge des Krieges in Bosnien-Herzegovina nach Österreich geflüchtet, ist freie Journalistin und hat als Lehrerin an einer AHS in Wien unterrichtet. Sie war beim Magazin „biber“ als Redakteurin aktiv und wird künftig beim ORF-„Report“-Team arbeiten.

ICH HAB JA  
NIX GEGEN  
AUSLÄNDER,  
ABER ...

FÜR EINE MENSCHEN-  
WÜRDIGE GESELLSCHAFT  
OHNE WENN UND ABER.

SOS Mitmensch setzt sich kompromisslos für Menschenwürde ein. Helfen Sie uns dabei – mit Ihrer Spende.  
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590, BIC: BAWAATWW. Mehr Informationen unter [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)  
SOS Mitmensch ist Trägerin des Spendengütesiegels und finanziert sich ausschließlich durch private Spenden.





Dirk  
53 Jahre alt,  
deutscher Pass,  
lebt seit 31 Jahren in Österreich

# PASS EGAL WAHL

24.9.2019

15-20 Uhr  
In Wien: 1., Minoritenplatz  
U3 Herrengasse

Weitere Wahllokale in ganz Österreich:  
[WWW.SOSMITMENSCH.AT](http://WWW.SOSMITMENSCH.AT)

